Inhaltsverzeichnis

1. Bundesinstitut für Risikobewertung .....
2. International Life Science Institute .....
3. Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse .....
4. EFSA .....
5. Monsanto .....
6. Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit .....
7. Bayer .....
8. BASF .....
9. Verband der Chemischen Industrie .....

Bundesinstitut für Risikobewertung

Das **Bundesinstitut für Risikobewertung** (BfR) erarbeitet Gutachten zur Lebens- und Futtermittelsicherheit sowie zur Sicherheit von Chemikalien und Produkten. Es nimmt weiterhin die Aufgaben des Deutschen Zentrums zum Schutz von Versuchstieren (Bf3R)“ wahr.

In die Kritik geraten ist das BfR wegen teils gravierender Interessenkonflikte von Mitgliedern der beratenden BfR-Expertenkommissionen. Als problematisch galten die engen Kontakte einiger Kommissionsmitglieder zum ILSI, einer Lobbyorganisation der Lebensmittelindustrie und die Mitgliedschaft von MitarbeiterInnen von Pestizidherstellern in der BfR-Kommission "Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände" (jetzige Bezeichnung: "Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte"), wo diese weiterhin präsent sind.

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

Hauptsitz	Berlin
Gründung	2002
Tätigkeitsbereich	Bewertung von Risiken für den Menschen
Mitarbeiter	1.112, davon 516 Wissenschaftler
Etat	130 Mio. € (2022)
Webadresse	www.bfr.bund.de

Bewertungen des Instituts sind von Wissenschaftlern als mit Mängeln behaftet und wissenschaftlich inakzeptabel bezeichnet worden. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung, die im September 2017 veröffentlicht wurden, hat das Institut bei der Bewertung von Glyphosat Einschätzungen der Industrie nahezu wortwörtlich übernommen, ohne dies deutlich kenntlich zu machen.

Inhaltsverzeichnis

1 Aufgaben 3
2 Risikokummunikation 3
3 Seitenwechsel 3
4 Fallstudien und Kritik 3
4.1 2023: Studie "Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland" 3
4.2 2021: Urteil des OLG Köln: Glyphosat-Studie durfte veröffentlicht werden 4
4.3 2017: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien: Unterstützung durch die Bundesregierung 4
4.4 2015: Zulassung von Glyphosat: Übernahme der Einschätzung der Industrie ohne entsprechende Kennzeichnung 4
4.5 2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren 5
4.6 2012: Insektizid Chlorpyrifos zugelassen wegen Studien der Pestizid-Industrie 6
4.7 2011: Kann DNA von gentechnisch veränderten Pflanzen in tierisches Gewebe übergehen? 6
5 Organisationsstruktur und Personal 7
5.1 Präsidium 7
5.2 Wissenschaftlicher Beirat des BfR 7
5.3 BfR-Kommissionen[19] 7
6 Finanzen 9
7 Weiterführende Informationen 9
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 9
9 Einzelnachweise 9

Aufgaben

Zentrale Aufgabe des BfR ist die wissenschaftliche Risikobewertung von Lebens- und Futtermitteln sowie von Stoffen und Produkten als Grundlage für den gesundheitlichen Verbraucherschutz der Bundesregierung. Das Institut hat keine Überwachungsfunktion. Es ist aber in eine Reihe von Anmelde- und Zulassungsverfahren eingebunden. Das BfR ist eine Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Risikokummunikation

Die Risikokommunikation des BfR in der Praxis wird in einer Broschüre erläutert. Hierzu gehört ein Stakeholderspezifischer Dialog sowie anlassbezogene Gespräche mit Verbänden, Stiftungen, Vereinen bzw. Interessengemeinschaften.

Seitenwechsel

- Im Mai 2021 verließ Frank Henkler-Stephanie das BfR und wechselte zum Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse, wo er als "Senior Director Tobacco Harm" tätig ist.[1] Beim BfR war er unter anderem für die Risikobewertung von E-Zigaretten und verwandten Produkten zuständig und wirkte bei der Zulassung neuartiger Produkte sowie bei Normungsprozessen und Jugendschutzgesetzen mit.

Fallstudien und Kritik

2023: Studie "Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland"

Nach dem globalen Tabakkontroll-Abkommen, das auch Deutschland unterschrieben hat, sollen Kontakte zwischen der Branche und der Politik, inklusive ihrer Behörden, auf das absolut Notwendige beschränkt werden.[2] Laut der Studie Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland gab es im Berichtszeitraum nicht notwendige Interaktionen zwischen der Tabakindustrie oder ihr nahestehenden Gruppen und Mirabeiter:innen des BfR, die wie folgt beschrieben werden:

„Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) lädt Tabakindustrie zu 22. BfR-Forum Verbraucherschutz im April 2022 ein - Thema: „Chancen und Risiken der E-Zigarette“: Nach einer Anfrage des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) zu dieser Hybrid-Veranstaltung erklärte das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), dass es drei Lobbygruppen der Tabak- und E-Zigarettenindustrie (Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse, BVTE; Bündnis für Tabakfreien Genuss, BfTG; und Verband des E-Zigarettenhandels, VdeH) zur Teilnahme eingeladen habe. Schließlich meldeten sich Personen von 29 Unternehmen oder Verbänden der Tabakindustrie, der E-Zigarettenindustrie oder verwandter Branchen an und durften teilnehmen, darunter Mitarbeitende aller großen Tabakkonzerne in Deutschland, Branchenverbände und verschiedene Lobbyorganisationen. Ein Vertreter einer Lobbygruppe der E-Zigarettenindustrie, des Bündnisses für Tabakfreien Genuss (BfTG), Dustin Dahlmann, war Podiumsteilnehmer der abschließenden Diskussionsrunde. Frank Henkler-Stephani, ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundesinstituts für Risikobewertung, der 2021 zur Tabak- und E-Zigaretten-Lobbygruppe Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE) wechselte, beteiligte sich aktiv als Teil des Publikums an der Diskussion. In seinem Schreiben an uns erwähnte das Institut, dass Industrieverbände wiederholt schriftlich um eine Möglichkeit zum Austausch gebeten hätten. Es erklärte,

dass es die Bestimmungen von Artikel 5.3 im Vorfeld erörtert habe und dass es nicht beabsichtige, dieses Veranstaltungsformat in Zukunft zu ändern und es „der gesamten interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen" solle. Es ist überzeugt, dass die Veranstaltung gezeigt hat, dass das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) trotz der Teilnahme von Industriegruppen „unabhängig von Interessen der Herstellerverbände seinem gesetzlichen Auftrag nachkommt". Auf seiner Webseite schreibt das Institut: "Um seinen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, tauscht sich das BfR mit allen relevanten Stakeholdern (NGO, Verbraucherverbänden, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Medien) aus." In einem weiteren Schreiben an das Deutsche Krebsforschungszentrum erklärt das Institut, dass es in den Jahren 2021 und 2022 keine weiteren Treffen mit der Tabakindustrie gegeben habe, erklärt aber, dass es im August 2020 ein Treffen mit dem Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE), dem Bündnis für Tabakfreien Genuss (BfTG) und dem Verband des E-Zigarettenhandels (VdeH) zum Thema E-Zigaretten und orale Nikotinprodukte durchgeführt habe. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Im Rahmen seiner Präventionsstrategie hat das BfR auch Kontakt zu Industrieverbänden. [...] Über diese Kontakte berichtet das BfR auch in einer online verfügbaren Broschüre über ‚Die Risikokommunikation des BfR in der Praxis'. [...] Die Tabakverbände sind hier noch nicht aufgelistet, da es hier keine regelmäßigen Gespräche gibt."

Darüber hinaus nahm Elke Pieper, eine Mitarbeiterin des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), in den Jahren 2020 und 2022 als Vertreterin des BfR an Podiumsdiskussionen teil, die vom Online-Magazin egarage.de organisiert und vom Bündnis für tabakfreien Genuss, einer Lobbygruppe der E-Zigarettenindustrie, gesponsert wurden. Weitere Podiumsteilnehmende bei diesen Veranstaltungen waren Mitglieder des Bundestages"

2021: Urteil des OLG Köln: Glyphosat-Studie durfte veröffentlicht werden

Nach einer am 12. Mai 2021 veröffentlichten Entscheidung des OLG Düsseldorf durfte das von der Initiative FragDenStaat angeforderte Gutachten des Bundesinstituts für Risikobewertung zu Glyphosat im Internet veröffentlicht werden.[3]Die Veröffentlichung des Gutachtens stelle keine Urheberrechtsverletzung dar.

2017: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien: Unterstützung durch die Bundesregierung

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.[4] Die EFSA begründet - wie das das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europapabgeordnete hatten die EFSA daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der EFSA und der Chemiekonzerne.

2015: Zulassung von Glyphosat: Übernahme der Einschätzung der Industrie ohne entsprechende Kennzeichnung

Das BfR hat im Januar 2015 einen Bericht über das Herbizid Glyphosat angefertigt, welcher an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) übermittelt wurde. Laut einem Schreiben der EU-Kommission an die Nichtregierungsorganisation *Testbiotech* unterliegt der Bericht vollständig der Geheimhaltung und darf nicht veröffentlicht werden. Gleichzeitig hatten Monsanto und andere Hersteller

von Glyphosat Zugang zu einem aktuellen Entwurf des Berichtes.[5] Auf der Grundlage des Berichts hat die EFSA empfohlen, Glyphosat weiter zuzulassen – obwohl die Weltgesundheitsorganisation WHO ihn als „wahrscheinlich krebserregend“ bezeichnet. [6] Am 27. November 2015 haben knapp 100 Wissenschaftler in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR erhoben.[7] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt". [8]

Recherchen der Süddeutschen Zeitung (SZ) zeigen, dass das BfR bei seiner Risikoanalyse von Glyphosat Einschätzungen der Industrie übernommen hat, ohne dies deutlich kenntlich zu machen.[9] Die Behauptung des BfR, es habe im Rahmen der EU-Wirkstoffprüfung von Glyphosat mehr als 1000 Studien, Dokumente und Veröffentlichungen umfassend geprüft und ausgewertet, treffe nicht zu. Vielmehr gebe es Hinweise, dass die Behörde schlicht die Standpunkte der Hersteller nahezu wortwörtlich übernommen habe. Dies zeige der Vergleich von Textpassagen aus dem von der Industrie eingereichten Dossier mit dem BfR-Bewertungsbericht zu Glyphosat. Wenn kritische Studien von der Industrie als unbrauchbar bezeichnet würden, dann wäre eigentlich zu erwarten, dass die Behörden diese Einschätzung besonders gründlich prüften. Dies sei jedoch nicht geschehen. Vielmehr seien Bewertungen der Industrie nahezu wortwörtlich wiedergegeben worden; eigene Bewertungen, die von der Behörde selbst stammten, suche man vergeblich. Laut SZ hat das BfR auf diese Weise in den letzten 15 Jahren fast alle unabhängigen Studien zu Krebsrisiken "bewertet".[10] Das BfR habe sich zu den konkreten Vorwürfen nicht geäußert, sondern lediglich erklärt, es habe alle relevanten und verfügbaren Studien sorgfältig und detailliert in eigener Verantwortung geprüft und bewertet. Am 5.10.2017 hat das BfR in einer Presseerklärung die Plagiatsvorwürfe zurückgewiesen. [11]

2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren

Das Europäische Parlament hatte 2009 eine starke Regulierung von chemischen Stoffen auf den Weg gebracht, die auf den Menschen wie Hormone wirken, sogenannten Endokrine Disruptoren. Darunter fallen z. B. eine Anzahl von Pestiziden, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Industrieverbände laufen dagegen Sturm und warnen vor Ernteverlusten beim Verbot dieser Pestizide. Das BfR argumentiert ganz ähnlich wie die Industrie und äußert in einem Positionspapier von 2011 "große Bedenken" wegen der "bedeutenden wirtschaftlichen Folgen".[12] Laut einem Spiegel-Bericht aus dem Jahr 2015 beauftragt die EU-Kommission auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), eine Stellungnahme zum Thema zu erarbeiten.[13] Die EFSA setzt dazu eine 18-köpfige Arbeitsgruppe ein. 8 Mitglieder haben Verbindungen zur Industrie, 3 haben bereits zu Gunsten der Industrie Stellung bezogen und nur 4 haben überhaupt wissenschaftlich zum Thema endokrine Disruptoren gearbeitet. Ergebnis der EFSA-Stellungnahme war, dass die Substanzen wie "die meisten anderen Chemikalien" behandelt werden können. Laut dem zitierten Spiegel-Bericht erschien kurz vor Fertigstellung der Efsa-Einschätzung ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Umweltschutzprogramms der Vereinten Nationen (Unep) zum selben Thema. Das Ergebnis lautete kurz zusammengefasst: Endokrine Disruptoren stellten "eine globale Bedrohung" dar und müssten reguliert werden". Im Jahr 2015 stellte der Europäische Gerichtshof in einem Urteil fest, dass die Europäische Kommission mit ihrer Untätigkeit das EU-Recht missachtet habe.[14] Darauf kündigte diese 2016 die lang ersehnten wissenschaftlichen Kriterien an, wie hormonaktive Substanzen zu erkennen seien.

2012: Insektizid Chlorpyrifos zugelassen wegen Studien der Pestizid-Industrie

Das Insektizid Chlorpyrifos, das gegen Ameisen eingesetzt wird, ist in den USA seit 2001 für den Haus- und Gartenbedarf verboten. Der Grund: Chlorphyrifos sei gesundheitsgefährdend. Bei uns ist es zugelassen, frei verkäuflich und eines der meist verkauften Insektizide.
Zuständig für die Begutachtung des umstrittenen Ameisenmittels ist das BfR. Das BfR verweist auf Studien, die angeblich die Ungefährlichkeit des Ameisengiftes nachweisen. Report MÜNCHEN fand heraus, dass solche Studien von der Pflanzenschutz-Industrie meist selbst in Auftrag gegeben und in der Regel auch bezahlt werden. Es sind sogenannte “Graue Studien”. Diese sind nicht veröffentlicht worden und können von unabhängigen Forschern oft gar nicht überprüft werden. Report MÜNCHEN stellt fest, dass einige der ExpertInnen der zuständigen **Kommission für Pflanzenschutzmittel** direkt aus der Pestizid-Industrie kommen – 2 sind von Bayer, einer von BASF und einer arbeitet für Syngenta. Im Laufe der Report MÜNCHEN - Recherchen hat das BfR bekannt gegeben, dass es jetzt eine erneute Überprüfung der Ameisenmittel mit Chlorpyrifos fordert.[15]

2011: Kann DNA von gentechnisch veränderten Pflanzen in tierisches Gewebe übergehen?

Die **BfR-Kommission für genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel** hat sich intensiv damit befasst, ob DNA-Bestandteile von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) in tierisches Gewebe übergehen können.
Da die Einschätzung dieser Frage unmittelbare Auswirkungen auf die Kennzeichnungspflicht von mit Gentechnik hergestellten tierischen Produkten hat, ist diese Thema für den Verbraucher von besonderer Relevanz. Bereits 2004 befassten sich 3 Experten der Kommission mit diesem Thema und kamen zu dem Ergebniss das "kein Übergang von gentechnisch veränderten Komponenten" nachweisbar ist. Anders lautende Studien, so stellten die Autoren damals fest, lägen nicht vor. Diese Stellungnahme war eine direkte Reaktion auf einen Bericht von Greenpeace aus dem selben Jahr, der sich auf eine Studie der Uni München bezog, welche DNA-Abschnitte aus genetisch veränderten Futterpflanzen in tierischen Gewebe festgestellt hatte.
Trotz zahlreicher in den Folgejahren veröffentlichter Studien, die eine Kontamination von tierischem Gewebe mit DNA-Abschnitten aus gentechnisch veränderten Futterpflanzen nachwiesen, blieben die BfR-Experten bei ihrer Einschätzung. Eine Publikation italienischer Wissenschaftler (Tudisco et al., 2010) nahm die BfR-Kommission schließlich zum Anlass sich erneut mit dieser Thematik zu befassen. Nach "kritischer Prüfung" kam die Kommission zu der Einschätzung, "dass sich aus der Studie keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich eines Transfers rekombinanter DNA aus gentechnisch veränderten Pflanzen auf höhere Tiere und dessen potentielle Auswirkungen ableiten lassen." Lediglich mit einem Satz räumen die Experten des BfR in ihrer 5-seitigen Stellungnahme ein, dass sich die Sachlage gegenüber dem Kenntnisstand von 2004 tatsächlich verändert hat.[16]
Was das für die Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen bedeutet, kann derzeit schwer abgeschätzt werden. Trotzdem gelangte die Expertenkommission zur der Auffassung, dass keine weiteren Untersuchungen nötig seien.

Organisationsstruktur und Personal

Präsidium

Präsident	Andreas Hensel
Vizepräsidentin	Tanja Schwerdtle

(Stand: November 2023) Quelle: [17]

Wissenschaftlicher Beirat des BfR

Der Wissenschaftliche Beirat des BfR setzt sich aus 17 WissenschaftlerInnen verschiedener Universitäten und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zusammen. Er hat vorrangig die Aufgabe, das BfR bei seiner Schwerpunktsetzung in der Forschung zu beraten. Zudem berät er das BfR bei der Besetzung der BfR-Kommissionen.[18]

BfR-Kommissionen[19]

Die Mitglieder der BfR-Kommissionen sollen als externe, unabhängige Sachverständige die Arbeit des BfR unterstützen.

BfR-Kommission	**Mitglieder**
Bedarfsgegenstände	
Bewertung von Vergiftungen	
Deutsches Zentrum zum Schutz von Versuchstieren (Bf3R)	Mitglieder sind u.a[20].: Barbara Birks, BASF; Julia Scheel, Röhm AG (Anbieter der Methacryl-Chemie); Bernward Gasthoff, Geschäftsführer der Bio Clustermanagement NRW GmbH, ehem. Bayer-Manager, 2006-2009 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie im Verband der Chemischen Industrie (VCI)[21]
Biologische Gefahren und Hygiene	
Ernährungsrisiken, neuartige Lebensmittel	

BfR-Kommission	Mitglieder
und Allergien	
Evidenzbasierte Methoden in der Risikobewertung	
Futtermittel und Tierernährung	
Genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel	Mitglieder sind u.a.[22]: Hermann-Josef Baaken, Sprecher der Geschäftsführung des Verbands Tiernahrung e.V., CDU-Kommunalpolitiker, ehem. Lobbyist bei Bayer CropScience[23]; Johannes Meyer, HMO Global Regulatory Affairs Associate Partner beim Biotechnologieunternehmen Chr. Hansen GmbH; Kerstin Schmidt, Geschäftsführerin der BioMath GmbH.
Kontaminanten in der Lebensmittelkette	
Kosmetische Mittel	
Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte	Von den Mitgliedern sind zwei bei der BASF und je eine Person bei Bayer SAS, Thor GmbH, Syngenta Crop Protection AG und Stockmeier Chemie beschäftigt[24]
Risikoforschung und Risikowahrnehmung	
Tätowiermittel	
Wein- und Fruchtsaftanalysen	

Das BfR ist der nationale Partner der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA).

Finanzen

Das Budget des BfR beträgt 130 Mio. € (Stand 2022)[25]

Weiterführende Informationen

- Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland 2023
- Helmut Butscher-Schaden, Peter Clausing und Claire Robinson: Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft, Hrsg. GLOBAL 2000 Friends of the Earth Austria, März 2017
- Die aktualisierte Studie von "TestBiotech" zum Einfluss der Industrie auf das BfR lautet: Andreas Bauer-Panskus & Christoph Then: Der lange Arm der Industrie: Einflussnahme auf Forschung und Behörden in Deutschland im Bereich Gentechnik und Lebensmittelsicherheit, Hrsg. Test Biotech, Veröffentlichungsjahr: 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Index Einflussnahme Tabakindustrie Deutschland 2023, dkfz.de, abgerufen am 21.11.2023
2. ↑ Wie 90 Tabak-Lobbyisten Behörden und Politiker beeinflussen, sueddeutshce.de vom 14.11.2023, abgerufen am 25.11.2023
3. ↑ Kein „Zensurrecht“ bei Veröffentlichungen des Glyphosat-Gutachtens, lto.de vom 12.05.2021, abgerufen am 12.05.2021
4. ↑ Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien, spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 07.12.2017
5. ↑ EU-Kommission stuft Bericht über Glyphosat als geheim ein … Testbiotech vom 18.08.2015, abgerufen am 24.08.2015
6. ↑ Wahrscheinlich (nicht) krebserregend Taz vom 12.11.2015, abgerufen am 13.11.2015
7. ↑ Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR, drive.google.com, abgerufen am 03. 12. 2015
8. ↑ Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung, Süddeutsche.de vom 30. November 2015 , abgerufen am 03. 12. 2015
9. ↑ Neue Zweifel am Urteil, sueddeutsche. de vom 17.09.2017, abgerufen am 19.09.2017
10. ↑ Wenn Monsanto die Risiken einfach selbst bewertet, sueddeutsche.de vom 22.09.2017, abgerufen am 23.09.2017
11. ↑ Haltlose Vorwürfe gegen wissenschaftliche Bewertungsbehörden, bfr.bund.de vom 05.10.2017
12. ↑ BfR-Positionspapier (engl.): REGULATORY DEFINITION OF AN ENDOCRINE DISRUPTER IN RELATION TO POTENTIAL THREAT TO HUMAN HEALTH BfR vom 16. Mai 2011, abgerufen am 28.05.2015

13. ↑ EU-Chemikalienregulierung: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt Spiegel-Online vom 20.05.2015, abgerufen am 28.05.2015
14. ↑ Lobby Planet Brüssel, Deutsche Ausgabe: September 2017, S. 143
15. ↑ Wie unabhängig sind Experten des Bundesinstituts für Risikobewertung? report MÜNCHEN vom 07.08.2012, abgerufen am 12.06.2013
16. ↑ Webseite BfR - Gentransfer aus Futterpflanzen auf höhere Tiere, abgerufen am 24.05.2012
17. ↑ Webseite BfR - Präsidium, abgerufen am 20.11.2023
18. ↑ Webseite BfR - Wissenschaftlicher Beirat, abgerufen am 23.11.2023
19. ↑ Webseite BfR - Kommissionen, abgerufen am 03.06.2017
20. ↑ Mitglieder, bfr.bund.de, abgerufen am 5.11.2023
21. ↑ Expertise, bgb-beratung.de, abgerufen am 25.11.2023
22. ↑ Mitglieder, bfr.bund.de, abgerufen am 22.11.2023
23. ↑ Profil, linkedin.com, abgerufen am 21.11.2023
24. ↑ Mitglieder, bfr.bund.de, abgerufen am 20.11.2023
25. ↑ Webseite BfR - Zahlen und Fakten, abgerufen am 21.11.2023

International Life Science Institute

Weiterleitung nach:

- International Life Sciences Institute

Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse

Der Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE) ist der Spitzenverband der deutschen Tabakwirtschaft in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Der Verband vertritt und fördert nach eigener Aussage „produktübergreifend die Interessen der gesamten Wertschöpfungskette der Branche für das Rauchen, Dampfen sowie oralen Tabak- und Nikotingenuss“.[1] Tatsächlich vertritt der Verband aber primär die konventionelle Tabakindustrie. Große Unternehmen wie British American Tobacco, Reemtsma und JT International, welche zusammen über einen Marktanteil von 49,4% auf dem deutschen Tabakmarkt verfügen (Stand 2021), sind Mitglieder des Verbands.[2] Andere relevante Akteure wie der Marktführer Philip Morris (Marktanteil 37,1%), der Bundesverband der

Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse e.V.	
Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der Tabakwirtschaft
Gründungsdatum	2019
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	Unter den Linden 42, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	
Webadresse	/ bvte.de

Zigarrenindustrie oder das Bündnis für tabakfreien Genuss
(Interessenverband der E-Zigaretten) sind hingegen keine Mitglieder. Die vor der Gründung des BTVE größte Interessenvertretung der Tabakindustrie, der Deutsche Zigarettenverband (DZV), wurde als Mitglied in den neuen Dachverband aufgenommen. Die beiden Verbände haben die gleiche Geschäftsstelle, einen ähnlichen Vorstand und den gleichen Geschäftsführer. Ihre Interessen können als deckungsgleich eingeschätzt werden.

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss 11
1.1 Gleichsetzung von konventionellen und neuartigen Produkten 11
1.2 Imageverbesserung durch karitative Projekte 12
1.3 Mitgliedschaften (Auswahl) 12
2 Tabaksteuerreform 2022-2026 12
3 Geschichte 13
4 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen 13
5 Seitenwechsler 13
5.1 Jan Mücke, Geschäftsführer 13
5.2 Frank Henkler-Stephanie, Senior Director Tobacco Harm 14
5.3 Mitglieder 14
5.4 Verbindung zum Prometheus-Freiheitsinstitut 14
6 Weiterführende Informationen 14
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 15
8 Einzelnachweise 15

Lobbystrategien und Einfluss

Die deutsche Tabaklobby verfügt im (europäischen) Vergleich über einen hohen Einfluss und gilt als wenig reguliert. Der regelmäßig erscheinende Tobacco Control Scale, eine unabhängige Bewertung der Tabakkontrolle in europäischen Staaten, bewertete die deutsche Tabakkontrolle als extrem ungenügend und mit Platz 36 von 36 im europäischen Vergleich.[3]

Nachdem die globale Tabakwirtschaft jahrzehntelang versucht hat, Zweifel an der Gesundheitsschädlichkeit ihrer Produkte zu säen und Wissenschaftler anheuerte, um dieses Vorhaben mit Studien zu unterstützen[4], hat sich die Strategie mittlerweile verändert: Der BVTE gibt auf seiner Webseite ein Bekenntnis zu Themen wie Umwelt- oder Jugendschutz ab. [5][2]

Gleichsetzung von konventionellen und neuartigen Produkten

Der Verband setzt sich für eine gleichmäßige Besteuerung von konventionellen Produkten und neuartigen Tabakersatzprodukten ein, welche wesentlich weniger schädlich sind. Entgegen dem Namen vertritt der Verband primär die Interessen der konventionellen Tabakindustrie statt jene der wesentlich weniger gesundheitsschädlichen Alternativprodukte. Eine gleiche Besteuerung führe nämlich im Interesse der konventionellen Nikotinindustrie viele Verbraucher zu konventionellen Produkten zurück, da der finanzielle Vorteil für alternative, weniger gesundheitsschädliche Produkte nicht mehr gegeben wäre.[6]

Imageverbesserung durch karitative Projekte

Die Tabakkonzerne versuchen verstärkt, durch karitative Projekte ihre "soziale Unternehmensverantwortung" unter Beweis zu stellen. So vergab zum Beispiel die Firma Reemstma von 2007-2018 den *Liberty Award*, einen Preis für Auslandandskorrespondent:innen, die sich besonders um die Freiheit bemüht haben.[7] Diese und andere Fördermaßnahmen werden in großformatigen Anzeigen in Parteizeitungen präsentiert - obwohl Tabakwerbung seit Anfang 2007 in bundesdeutschen Printmedien verboten ist. Die Parteien ignorieren dieses Verbot jedoch mit der Begründung, bei den Inseraten wie dem Liberty Award handele es sich schließlich nicht um Produktwerbung - wie etwa bei der Reemtsma-Reklame für Gauloises ("Liberté toujours") -, sondern um Imagewerbung für das Unternehmen.[7]Solche indirekten Formen der Parteienfinanzierung sind gängige Praxis der Tabakunternehmer.

Mitgliedschaften (Auswahl)

- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland e.V.
- Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Tabaksteuerreform 2022-2026

Am 10. Juni 2021 hat der Bundestag der Reform der Tabaksteuer zugestimmt. Konkret wurde dabei festgelegt, dass E-Zigaretten und Tabakerhitzer von nun an nicht mehr von der Umsatzsteuer, sondern wie konventionelle Tabakprodukte besteuert werden. Außerdem soll die Tabaksteuer jährlich schrittweise erhöht werden: Um rund 10 bis 15 Cent pro Schachtel und Jahr. [8] Dies ist sehr im Interesse der Tabaklobby, da dadurch ein sprunghafter Anstieg der Tabaksteuer verhindert wird, wie es zum Beispiel in Australien oder Großbritannien geschehen ist. Die dortigen Preisschocks sorgten dafür, dass viele Raucher:innen mit dem Rauchen aufhörten oder auf alternative Produkte umstiegen. [9]

Der BVTE hat erheblichen Einfluss auf die Gesetzgebung genommen. Dem Spiegel zufolge haben sich Tabaklobbyisten mindestens zwölf mal mit hohen Ministerialvertretern des für die Besteuerung zuständigen Finanzministeriums (unter dem damaligen Minister Olaf Scholz) getroffen.[9] Im Zentrum der Verhandlungen standen dabei Rolf Bösinger, zuständiger SPD-Staatssekretär für die Tabaksteuer und Jan Mücke, Geschäftsführer des BVTE und als Seitenwechsler ehemaliger FDP-Politiker (siehe Seitenwechsler Jan Mücke).

Es sei laut den Journalisten Christian Reiermann und Claus Hecking außerdem problematisch, dass sich die Bundesregierung im Gegensatz zu Vertretern des BVTE und anderen Interessenvertretungen der Tabaklobby überhaupt nicht von Vertretern von Gesundheits-, Ärzte-, Anti-Tabak- oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Organisationen beraten lassen hat.[9]. Insofern liege eine Beeinflussung der Gesetzgebung seitens der Tabakindustrie nahe, vor allem da ein Bündnis von etwa fünfzig Gesundheitsorganisationen und Hilfswerken in ihrer „Strategie für ein tabakfreies Deutschland 2040“ eine drastische Erhöhung der Besteuerung von Tabakprodukten fordern[10].

Das Bündnis für tabakfreien Genuss, eine Interessenvertretung der Unternehmen für E-Zigaretten-Liquids, hält die steuerliche Gleichsetzung von konventionellen Tabakprodukten und neuartigeren, wesentlich weniger gesundheitsschädlichen Produkten für verfassungswidrig, weil der unterschiedliche Grad an Gesundheitsrisiko nicht berücksichtigt wird [11] Das Bündnis hat deshalb angekündigt, eine Verfassungsbeschwerde einzureichen.

Als die Tabakexpertin Laura Graen Auskunft zu dem Tabaksteuermodernisierungsgesetz nach dem Informationsfreiheitsgesetz begehrte, wies das Finanzministerium ihren Antrag ab.[9] Die Begründung lautete folgendermaßen: „Das BMF könnte so in der Wahrnehmung seiner Aufgaben, d. h. insbesondere im Hinblick auf den Dialogprozess mit unterschiedlichsten Externen, stark beeinträchtigt werden“.

Laut einem von Heino Stöver, Direktor des Instituts für Suchtforschung an der Frankfur University of Applied Sciences, organisierten Online-Symposium setze das Tabaksteuermodernisierungsgesetz die vollkommen falschen Signale, um Deutschland bis 2040 rauchfrei zu bekommen.[12]

Geschichte

Der BVTE wurde am 2. September 2019 in Berlin als neuer Branchen-Dachverband für die Tabakwirtschaft in Deutschland gegründet [13] Die Neugründung wurde vor allem wegen zwei Motiven durchgeführt: Erstens aufgrund von alternativen neuartigen Konkurrenzprodukten zu konventionellen Tabakprodukten, welche die Marktsituation nachhaltig verändern werden. Andererseits wegen dem größerer öffentlicheren Gesundheitsbewusstsein und einer sich verändernden öffentlichen Grundhaltung bezüglich Tabakprodukten. [14] Der Verband versucht sich somit ein moderneres und gesundheitsbewussteres Image zu geben. Aufgrund der sich veränderten Marktsituation wollte der BVTE außerdem möglichst alle Interessen der Branche in einem Verband bündeln, was ihm jedoch nur teilweise gelungen ist (siehe Kurzbeschreibung). Die Strategien und Ziele der Tabaklobby haben sich jedoch trotz des neuen Verbandes und einer moderneren Aufmachung nicht verändert.

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Der Verein fungiert als Branchen-Dachverband für die Tabakwirtschaft in Deutschland. Der vorherige Dachverband, der Deutscher Zigarettenverband (DZV), wurde als Mitglied in den BTVE aufgenommen.

Seitenwechsler

Jan Mücke, Geschäftsführer

Aktueller Geschäftsführer ist Jan Mücke, ein Seitenwechsler. Vor seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des BVTE war er bereits Geschäftsführer des Deutschen Zigarettenverbands (er führt diese Tätigkeit weiterhin aus). Die Öffentlichkeit erfuhr damals erst mit zwei Monaten Verspätung vom Seitenwechsel des Geschäftsführers und Sprechers Mücke – nämlich kurz nach der Landtagswahl in Mückes Heimat Sachsen am 31. August 2014. Der ehemalige FDP-Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium trat seinen neuen Job beim DZV bereits am 1. Juli 2014 an - diese Information wurde jedoch bis mehrere Wochen nach der sächsischen Landtagswahlzurück gehalten.[15] Mücke war seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags und bis zu seiner Ernennung als Staatssekretär der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion und deren Sprecher für Infrastruktur und Luftfahrt. Der BVTE profitiert von den politischen Kontakten Mückes (siehe Tabaksteuerreform 2022).

Frank Henkler-Stephanie, Senior Director Tobacco Harm

Im Mai 2021 verließ Frank Henkler-Stephanie das Bundesinstitut für Risikobewertung (Bfr) und wechselte zum BVTE, wo er als "Senior Director Tobacco Harm" tätig ist.[16] Beim BfR war er unter anderem für die Risikobewertung von E-Zigaretten und verwandten Produkten zuständig und wirkte bei der Zulassung neuartiger Produkte sowie bei Normungsprozessen und Jugendschutzgesetzen mit.

Mitglieder

Folgende Unternehmen und Verbände sind als ordentliche Mitglieder gelistet[17]:

- British American Tobacco GmbH
- Deutscher Zigarettenverband e.V.
- GIZEH Raucherbedarf GmbH
- Heintz von Landewyck GmbH
- Joh. Wilh. Von Eicken GmbH
- JT International Germany GmbH
- Niko Liquids GmbH
- PMS Perfect Media Solutions GmbH
- Quantus Beteiligungs- und Beratungsgesellschaft mbH
- Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH
- Riccardo Retail GmbH
- Swedish Match AB
- TMCC Tobcaco Management & Consulting GmbH

Folgende Unternehmen und Verbände sind als Partnermitglieder gelistet[17]:

- Bundesverband Deutscher Tabakpflanzer e.V. (BDT)
- Die Tabak Zeitung
- Hauni Maschinenbau GmbH
- Verband Deutscher Wasserpfeifentabak-Manufakturen und Händler e.V.
- Verband der Zigarettenpapier verarbeitenden Industrie e.V.

Verbindung zum Prometheus-Freiheitsinstitut

Der BVTE bewirbt auf seiner Webseite den Podcast "Gestatten" des Prometheus-Freiheitsinstititut [18]. Dies ist eine als libertär geltende Denkfabrik, welche von dem FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler gegründet wurde.

Weiterführende Informationen

Dokumentation: Nikotin im Beutel. Die neue Masche der Tabak-Industrie - Film von Bärbel Merseburger-Sill [19]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Über den BVTE, bvte.de, abgerufen am 17.02.2022
2. ↑ [2,02,1] 2021 Tobacco Industry Interference Index, Unifairtobacco 2021, abgerufen am 17.02.2022
3. ↑ The Tobacco Control Scale 2019 in Europe , Tobacco Control Scale, abgerufen am 17.02.2022
4. ↑ Manufacturing Uncertainty: Contested Science and the Protection of the Public's Health and Environment aphapublications.org, abgerufen am 25.02.2022
5. ↑ Unser Engagement für eine saubere Umwelt bvte,de, abgerufen am 25.02.2022
6. ↑ Tabaksteuer 2022- was ist neu, Tabaksteuer.de, abgerufen am 17.02.2022
7. ↑ [7,07,1] Reemstma liberty award , liberty-award.de, aufgerufen am 17.02.2022
8. ↑ Bundestag erhöht die Tabaksteuer, bundestag.de,, abgerufen am 17.02.2022
9. ↑ [9,09,19,29,3] Wie Olaf Scholz die Tabaklobby glücklich machteSpiegel.de 2021, abgerufen am 17.02.2022
10. ↑ Strategie für ein tabakfreies Deutschland 2040 dfkz.de, abgerufen am 17.02.2022
11. ↑ E-Zigarettensteuer trotz Anpassung höchst problematisch- BfTG strebt Verfassungsbeschwerde an, Tabakfreiergenuss.org, abgerufen am 25.02.2022
12. ↑ Wissenschaftler: Deutschlands Irrweg mit Tabaksteuern und Ausstiegsmanie aertzezeitung.de, abgerufen am 09.03.2022
13. ↑ Über den BVTEbvte.de, abgerufen am 17.02.2022
14. ↑ Tabaklobby nimmt sich der E-Zigarette anaerztezeitung.de, abgerufen am 17.02.2022
15. ↑ Jan Mücke ist jetzt Tabak-Lobbyist,saechsische.de, abgerufen am 17.02.2022
16. ↑ Index Einflussnahme Tabakindustrie Deutschland 2023, dkfz.de, abgerufen am 21.11.2023
17. ↑ [17,017,1] Über den BVTE: Mitglieder, BVTE.de, aufgerufen am 17.02.2022
18. ↑ BVTE bewegt, bvte.de, abgerufen am 25.02.2022.
19. ↑ [1], ZDFzoom, 20. April 2022, abgerufen am 21.04.2022

EFSA

Weiterleitung nach:

- Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

Monsanto

	Monsanto
Branche	Agrarindustrie

Monsanto	
Hauptsitz	St. Louis, USA
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	270 Av de Tervuren, Brüssel
Webadresse	monsanto.com monsanto.de

Monsanto war der weltweit größte Agrarkonzern und führende Hersteller von genmanipuliertem Saatgut. Daneben produzierte das Unternehmen vor allem Herbizide. Montsano hatte beste Verbindungen zur US-amerikanischen Regierung einschließlich der Geheimdienste und betrieb mit zweifelhaften Methoden eine aggressive Lobbypolitik.

Im Juni 2018 ist Monsanto von Bayer übernommen worden.

Mit der Übernahme wird Bayer zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut.[1]Bayer wird den Namen Monsanto streichen. In einer Presseerklärung von Bayer vom 7.06.2018 wird die Integration von Monsanto in den Bayer-Konzern wie folgt beschrieben: „*Monsanto wird solange von Bayer unabhängig tätig sein bis Bayer den Verkauf seiner an BASF abzugebenden Geschäfte abgeschlossen hat. In dieser Zeit wird sich nichts ändern, einschließlich des Firmennamens. Auch wird Bayer die Integration von Monsanto erst dann fortsetzen, wenn die Veräußerungen an BASF abgeschlossen sind. Mit Beginn der Integration wird das Unternehmen Bayer heißen. Monsanto-Saatgut und andere Produktmarken (wie DEKALB, Asgrow, etc.) behalten ihre Markennamen und werden Teil des Portfolios von Bayer. Während der Unternehmensname mit Beginn der Integration Bayer sein wird, bleibt die rechtliche Struktur von Monsanto bestehen, bis auch dieser rechtliche Prozess abgeschlossen ist; dies wird mehrere Jahre dauern.*“ [2]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!

Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss 17
1.1 Deutschland 17
1.2 Europäische Union (EU) 17
1.3 USA 17
1.4 International 17
2 Fallbeispiele und Kritik 18
2.1 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat 18
2.1.1 Debatte über Verbot von Glyphosat 18
2.1.2 Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien 19
2.2 2016: Tribunal gegen Monsanto 22
2.3 2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA 22
2.4 2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt 22
2.5 2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA 22
2.6 2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien 23
2.7 2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau) 23
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen 23
4 Weiterführende Informationen 23
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 24
6 Einzelnachweise 24

Lobbystrategien und Einfluss

Deutschland

Peter Bleser, Bundestagsabgeordneter und agrarpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, 2011 - 2018 Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, hat laut Greenpeace 2006 eine Patenschaft für Gen-Mais-Felder von Monsanto übernommen.[3]

Die MONSANTO Deutschland GmbH ist Fördermitglied des Vereins Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung (GKB), welcher laut Satzung gemeinnützige Zwecke im Bereich des Natur- und Umweltschutzes verfolgt. Im Vordergrund ständen dabei die ökologischen Vorteile der konservierenden Bodenbearbeitung ohne Pflug[4], [5]

Monsanto und weitere Glyphosat-Hersteller sind Mitglieder des Forum Moderne Landwirtschaft, dem auch der Deutsche Bauernverband angehört, dessen Präsident Joachim Rukwied Vorstandsvorsitzender des Forums ist.[6][7] Als Interessenvertreter des Forums setzt er sich für die weitere Verwendung von Glyphosat ein. So erklärte er In einem Interview mit dem Deutschlandfunk, man sei nicht gut beraten, wenn man basierend auf unwissenschaftlichen Angskampagnen etwa Entscheidungen gegen Glyphosat treffe.[8]

Europäische Union (EU)

Monsanto ist Mitglied der Verbände European Seed Association und EuropaBio sowie Mitglied des International Life Sciences Institute (ILSI). Weiterhin ist es in der Glyphosat Task Force (GFT) aktiv, in der 22 europäische Pflanzenschutzmittel-Unternehmen zusammenarbeiten, die einen gemeinsamen Antrag auf Wiederzulassung von Glyphosat in der EU gestellt haben.[9]

Das Europäische Parlament hat Lobbyisten von Monsanto die Zugangsausweise entzogen, weil diese sich geweigert hatten, an einer Anhörung zu den „Monsanto-Papieren“ am 11. Oktober 2017 im Parlament teilzunehmen.[10]

USA

Monsanto hat gute Kontakte zu US-Geheimdiensten, dem US-Militär, der US-Regierung und privaten Sicherheitsdiensten wie der Firma Blackwater, die im Auftrag der US-Regierung Söldner in den Irak und nach Afghanistan geschickt hat. Ehemalige Monsanto-Mitarbeiter gelangten in den USA in hohe Regierungsbehörden und Ministerien, in Industrieverbände und an Universitäten. Nach Angaben der Anti-Lobby-Organisation Open Secrets Org haben 2012 19 Monsanto-Lobbyisten teilweise hochrangige Posten in der US-Administration und sogar in Kontrollbehörden eingenommen. Nach den Enthüllungen von Wiki-Leaks hat der damalige US-Botschafter in Paris 2007 der US-Regierung vorgeschlagen, eine Strafliste für die EU-Staaten aufzustellen, die den Anbau von Gentech-Pflanzen amerikanischer Unternehmen verbieten wollen. [11][12]

International

Monsanto ist Kooperationspartner des weltweit aktiven Health and Environmental Sciences Institute (HESI), einer Tochtergesellschaft des International Life Sciences Institute (ILSI).[13]

Fallbeispiele und Kritik

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Debatte über Verbot von Glyphosat

In der EU gibt es eine Debatte, ob und wie der Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat reglementiert werden soll.[14] Die Süddeutsche Zeitung berichtete im Juli 2015, dass das Geschäftsergebnis von Monsanto maßgeblich vom Verkauf von Glyphosat abhängt. Konzernvertreter griffen deswegen massiv in die wissenschaftliche Debatte ein und kritisierten insbesondere die Glyphosat-kritische Sicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Glyphosat im März 2015 als "wahrscheinlich krebserregend" einstufte.[15] "Das Unternehmen lässt keine Gelegenheit aus, das Urteil der WHO-Krebsforscher zu diskreditieren. Monsanto-Chef Hugh Grant bezeichnet die Studie gar als 'Junk Science', also als Schrottforschung, und stellt damit die Kompetenz von 17 international anerkannten Toxikologen infrage".[16] Monsanto verwies in diesem Zusammenhang auf das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), welches von der EU mit der Neubewertung der Gefährlichkeit des Unkrautvernichters beauftragt wurde und dafür der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zuarbeiten soll. Bereits im Januar 2015 fertigte das BfR einen vertraulichen Bericht über Glyphosat an, zu dem Monsanto und andere Hersteller von Glyphosat Zugang hatten, nicht aber Umweltschutzverbände. Nach Auswertung zahlreicher Studien konnte das BfR schließlich „keine Hinweise auf eine krebserzeugende, reproduktionsschädigende oder fruchtschädigende Wirkung durch Glyphosat bei Versuchstieren“ feststellen und empfahl eine erneuerte Zulassung von Glyphosat.[17] Umweltschützer kritisierten jedoch, dass ausgerechnet im BfR-Gremium zur Bewertung von Pestiziden auch Vertreter der deutschen Chemiekonzerne BASF und Bayer sitzen.[18] Konzerne also, die ebenfalls beträchtliche Umsätze mit dem Verkauf von Pflanzenschutzmitteln generieren und somit naturgemäß wenig Interesse an einem Verbot von Glyphosat haben. Gleiches gilt für die EFSA, in der 59% der Mitarbeiter laut einem Bericht der Corporate Europe Observatory (CEO) Verbindungen zur Landwirtschafts- oder Lebensmittelindustrie haben.[17] Eine Analyse der Süddeutschen Zeitung kam weiterhin zu dem dem Schluss, dass viele der vom BfR zur Bewertung herangezogenen Studien in Wahrheit Leserbriefe an Fachzeitschriften waren, die größtenteils von Monsanto-Mitarbeitern verfasst wurden.[19] Am 27. November 2015 erhoben zudem knapp 100 Wissenschaftler:innen in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR.[20] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".[21]

Im März 2016 entschied eine Baumarktkette, glyphosathaltige Spritzmittel aus dem Sortiment zu nehmen.[22]

Im Juni 2016 wurde bekannt, dass eine Initiative für "mehr Transparenz" des zuständigen EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis mit der Industrie abgesprochen war. Er hatte die Industrie öffentlich dazu aufgefordert, bisher geheime Krebsstudien zu Glyphosat zu veröffentlichen. Darauf reagierten Industrievertreter mit dem Versprechen, Leseräume für diese Studien einzurichten - sie waren zuvor über die Erklärung des Kommissars infomiert. Die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu den Dokumenten wurden jedoch nicht geschaffen.[23]

Nachdem es im EU-Ministerrat zunächst keine Mehrheit für eine Verlängerung der Zulassung um weitere zehn Jahre gab, verlängerte die EU-Kommission die einseitig bis Ende 2017. Monasanto kündigte an, in dieser Zeit weiter Lobby- und PR-Arbeit für den Einsatz von Glyphosat zu machen.[24] Bundeskanzlerin Merkel (CDU) sprach sich im August für den weiteren Einsatz aus.[25]

Im März 2017 veröffentlichte die Europäische Chemikalienagentur ECHA eine Studie, nach der Glyphosat nicht krebserregend ist.[26] Die ECHA bewertete dabei jedoch nur die inhärente Gefährlichkeit von Glyphosat und nicht die mit den einzelnen Verwendungen verbundenen Risiken.[27] Fast gleichzeitig berichtete die New York Times darüber, wie Monsanto in der Vergangenheit und hinter den Kulissen Einfluss auf einzelne Wissenschaftler und auf die amerikanische Behörde EPA genommen haben soll.[28] So soll Monsanto im Verborgenen an Studien mitgearbeitet haben, die später als Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler ausgegeben worden seien. Ein weiterer Vorwurf lautet, das Unternehmen habe gezielt darauf hingewirkt, eine eigenständige Untersuchung des Unkrautvernichters durch das US-Gesundheitsministerium zu verhindern. Der Bericht beruht auf Dokumenten aus einem Gerichtsverfahren. Gleichwohl bestreitet Monsanto die Vorwürfe. Die amerikanischen und die europäischen Aufsichtsbehörden verlassen sich ohnehin im Wesentlichen auf Studien der Hersteller, die selbst unabhängige Forscher mit der Begründung nicht einsehen dürfen, dass Geschäftsgeheimnisse betroffen seien.[29] Studien unabhängiger Forscher spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung um weitere zehn Jahre zu verlängern.[30] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.[31]

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.[32] Die EFSA begründet - wie das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europapabgeordnete hatten die EFSA daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der EFSA und der Chemiekonzerne.

Im August 2018 verurteilte ein US-Gericht Monsanto zur Zahlung von 285 Mio. $ (knapp 250 Mio. Euro) Schmerzensgeld, weil Glyphosat Krebs verursacht haben soll.[33] Bayer will in Berufung gehen.

Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

2019 ergaben Recherchen von LobbyControl, dass zwei vermeintlich unabhängige Studien des Instituts für Agribusiness aus Gießen, die in die Wissenschaftswelt eingespeist wurden, von Monsanto finanziert waren. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl, ob zwei Studien aus den Jahren 2011 und 2015 von Monsanto finanziert seien, stellte der Leiter des Instituts, Prof. P. Michael Schmitz klar, dass die Studien aus

eigenem Forschungsinteresse und ohne Finanzierung durch Dritte erfolgt seien. Beide Studien warnten vor Milliardenschäden durch ein mögliches Glyphosat-Verbot und betonten den ökologischen Nutzen von Glyphosat für die Landwirtschaft.
Bayer hat als neuer Monsanto-Eigentümer inzwischen eingeräumt, dass die Studien von Monsanto in Auftrag gegeben und mitfinanziert wurden. Das Unternehmen habe zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anlass, an den Methoden, Inhalten oder Ergebnissen der Studien zu zweifeln. Gleichwohl entspreche der fehlende Hinweis auf die Unterstützung durch Monsanto nicht den Grundsätzen von Bayer.
Brisant ist der Vorfall auch deshalb, weil die Studien Eingang in entsprechende Fachliteratur fanden. So waren sie zum Beispiel in zwei Aufsätzen im Journal für Kulturpflanzen, einer vom Julius-Kühn-Institut herausgegebenen Zeitschrift, zu lesen. Es handelt sich dabei um ein Bundesforschungsinstitut, das dem Landwirtschaftsministerium untergeordnet ist. Die Aufsätze wurden darin von den Autoren unter dem Namen "Universität Gießen" geschrieben und erzeugten so den Eindruck universitärer Forschung zu entstammen. Und das, obwohl zwischen der Universität Gießen und dem Institut für Agribusiness keine formale Verbindung existiert. So wurde die eigentliche Herkunft der Aufsätze verschleiert. Die Gießener Studien wurden dabei in der jahrelangen Auseinandersetzung über einer Wiederzulassung von Glyphosat in der EU von Hersteller-Unternehmen als unabhängige wissenschaftliche Studien dargestellt und genutzt. Jedoch nur, um zu untermauern, dass ein landwirtschaftlicher Nutzen vorliege, da ein Verbot wirtschaftliche Schäden zur Folge hätte. Zur Debatte über Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt konnten die Studien keinen Beitrag leisten. Dass die Studien in die Debatten rund um Glyphosat eingebracht wurden, zeigt zum Beispiel der Eingang in eine Broschüre der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, eine Lobby-Plattform der Glyphosat-Hersteller. Auf europäischer Ebene bezog sich das europäisches Pendant, die Glyphosate Task Force, mehrfach auf die Gießener Studien und die daraus entstandenen Fachartikel. Dazu kommt, dass diese Studien irreführend verwendet wurden. So wird in der Broschüre „Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat“ der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat unter Bezugnahme auf die Studien des Institut für Agribusiness die Behauptung aufgestellt, „Experten“ würden die wirtschaftlichen Schaden eines Glyphosat-Verbots für die EU auf bis zu 4 Milliarden US-Dollar schätzen. Die EU müsse ohne Glyphosat 6,3 Mio. t Weizen importieren.[34] Diese Zahlen entstammen dem Szenario der Studie, das von einem Ertragsrückgang von 20% ohne Glyphosat ausgeht. Die Autoren bezeichnen das selbst als das extremste Szenario. Realistisch halten sie ein Szenario von -5%. In diesem Fall würde die EU laut der eigenen Studie 3,7 Mio. t Weizen exportieren. Die Aussage wäre damit eine ganz andere. Die Arbeitsgemeinschaft Glyphosat erwähnt mit keinem Wort, dass ihre Zahlen aus dem unwahrscheinlichen Extrem-Szenario kommen. Dieser Umgang mit der Studie ist irreführend.
Auch in Medien und Politik konnten die Studien vordringen. So fanden sie ihren Weg in den Glyphosat-Artikel der deutschen Wikipedia sowie in eine Literaturliste des Bundestages zu Glyphosat. Auch in einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT aus dem Jahr 2015 wird explizit auf eine der von Monsanto finanzierten Studien zurückgegriffen, in Form des Artikels aus dem Journal für Kulturpflanzen.[35] Entsprechend der Angabe im Artikel, schreibt die Journalistin die Studienergebnisse direkt der Universität Gießen zu. Die LeserInnen des Artikels erfahren also nicht die eigentliche Herkunft der Studie. In einem weiteren Fall, bezog sich im Jahr 2011 die damalige agrarpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag während einer Debatte auf die "Untersuchungen der Universität Gießen", die gezeigt hätten, dass „ein Verbot von Glyphosat einerseits aus Sicht des Umweltschutzes völlig kontraproduktiv wäre und andererseits zu Wohlfahrtsverlusten in Milliardenhöhe führen würde“.[36] Dass sie sich dabei auf von Monsanto finanzierte Studien bezog, war ihr vermutlich nicht bewusst.
Der Konzern Monsanto steht bereits seit längerem in der Kritik, weil er sich mit aggressiven Lobbytechniken für die weitere Zulassung von Glyphosat einsetzt. Dazu gehört die Inszenierung von Unterstützerkampagnen über PR-Agenturen sowie die intransparente Finanzierung von Wissenschaftlern. Dabei zeigt ein Mailwechsel eines Wissenschaftlers mit Monsanto, warum externe Wissenschaftler für das Unternehmen so wichtig waren. In einer Mail schlägt Kevin Folta von der University of Florida einer Monsanto-Lobbyistin vor, in der Öffentlichkeit mit „farming mothers“, also Bäuerinnen mit Kindern zu werben. Die Lobbyistin widerspricht

dem: Die Umfragen von Monsanto würden zeigen, dass nichts so gut wirke wie ein „credible third party scientist“. Also ein glaubwürdiger Wissenschaftler, der als dritte Partei fungiert und wahrgenommen wird, möglichst unabhängig von Monsanto.[37] Wie aus einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT hervorgeht, widersprach Monsanto auf Nachfrage von ZEIT ONLINE den Anschuldigungen. Das Unternehmen arbeite transparent und „hat seine Rolle in wissenschaftlichen Kollaborationen immer vollständig eingeräumt“.[38] Unsere Recherchen zeigen das Gegenteil. Diese „third party“-Strategie steckt offensichtlich auch hinter den Gießener Studien.
Mit dem neuen Fall gibt es nun klare Belege, dass Monsanto auch in Deutschland in größerem Umfang Wissenschaftler finanziert und deren Forschungsergebnisse zu Lobbyzwecken verwendet hat, ohne die eigene Beteiligung daran offenzulegen. [39]

Im weiteren Verlauf der Recherchen, sind weitere Fälle verdeckter Finanzierung zu Tage getreten. Es handelt sich dabei um zwei Studien aus Großbritannien, die in der Fachzeitschrift „Outlooks on Pest Management“ veröffentlicht wurden – jeweils ohne Kennzeichnung, dass die Finanzierung von Monsanto stammte.[40][41] Anders als im Gießener Fall ist hier allerdings klar erkenntlich, dass die beiden Studien von der Beratungsfirma RSK Adas stammen. Sowohl die Beratungsfirma als auch Bayer haben uns gegenüber bestätigt, dass Monsanto die Studien finanziert hat. Auch diese Studien nutzte Monsanto für seine Lobbyarbeit. So bezog sich die „Glyphosate Task Force“, ein Zusammenschluss von Monsanto und weiteren Glyphosat-Herstellern, die gemeinsam die Wiederzulassung von Glyphosat in der EU beantragt hatte, auf beide Studien.[42] Auch die National Farmer’s Union, also der englische Bauernverband, verwendete die Studien in der eigenen Kampagne für den Erhalt von Glyphosat. Dabei wurden die Veröffentlichungen als Forschung einer „unabhängigen“ Beratungsfirma dargestellt, was angesichts der Monsanto-Finanzierung schlicht falsch ist. Nachdem die britischen Zeitung *Guardian* die National Farmer’s Union im März angefragt hatte, ergänzte diese nun einen Hinweis auf die Finanzierung durch Monsanto.[43] Auch der deutschsprachige Wikipedia-Eintrag zu Glyphosat nutzt eine der beiden Studien als Beleg für die negativen Folgen eines Glyphosat-Verbots. Die Gießener Studien sind in der Wikipedia inzwischen als Monsanto-finanziert gekennzeichnet.[44]
Ähnlich wie bei den Gießener Studien gibt es bei einer der beiden britischen Studien Auffälligkeiten bei den zugrunde liegenden Daten und Annahmen. Der Aufsatz aus dem Jahr 2010 behandelt die ökonomischen Auswirkungen eines möglichen Glyphosat-Verbots.[40] Dazu beziehen sich die AutorInnen auf offizielle Statistiken des britischen Landwirtschaftsministeriums. Allerdings hielte Monsanto, so heißt es im Aufsatz, die offiziellen Angaben zur Nutzung von Glyphosat für zu niedrig. Mit dem Verweis auf den Einwand Monsantos wurden für einen Teil der Analyse wesentlich höhere Werte verwendet. Anstelle einer offiziellen Befragung, die immerhin 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche erfasste, verwendete man nun Annahmen aus zwei selbst organisierten Workshops mit unbenannten Agrarwissenschaftlern. Diese stammten vom Verband der unabhängigen Saatgutberater, deren Vorsitzender sich in der Vergangenheit immer wieder vehement für den Erhalt der Glyphosat-Zulassung einsetzte.
Monsanto hatte also offensichtlich direkten Einfluss auf die in der Studie verwendeten Daten. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl hatte die Beratungsfirma noch geschrieben, Monsanto habe keinerlei Einfluss auf die Inhalte der Veröffentlichung ausgeübt. Auf weitere Nachfragen zu der Auswahl der Daten hieß es dann, man wolle diese Fragen nicht kommentieren. An anderer Stelle werden hohe Ertragseinbußen behauptet, falls eine Form der Glyphosat-Anwendung (die Vorsaatbehandlung) nicht mehr möglich sei. Die dafür als Beleg verwendete Quelle befasst sich aber primär mit anderen Pestiziden und kann die Annahme deshalb nicht überzeugend begründen. Auch die Anfrage seitens LobbyControl zu dieser Quelle und der hohen Annahme wurde durch die Beratungsfirma nicht beantwortet.
Im Ergebnis führt die Verwendung dieser Daten und Annahmen dazu, dass die potentiellen Umsatzeinbußen für die Landwirtschaft wesentlich drastischer ausfallen. Diese Aussage stützte Monsantos Warnung vor Glyphosat-Verboten.[45]

2016: Tribunal gegen Monsanto

Zwischen dem 14. und dem 16. Oktober 2016 fand in Den Haag, Niederlande, das Monsanto Tribunal statt. Dieses bezeichnet sich als eine internationale zivilgesellschaftliche Initiative, um Monsanto für Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Ökozid zur Verantwortung zu ziehen. Angesehene Richter hätten Zeugenberichte von Opfern gehört und würden ein Gutachten für weitere Vorgehen des Internationalen Gerichtshofes liefern. Am 18. April 2017 stellte die Gruppe ein umfangreichen Abschlussbericht vor, in dem die Geschäftspolitik des Konzerns heftig kritisiert wurde: dies betraf auch den Einfluss auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse.[46]

2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA

Nach einem Bericht der „New York Times“ hat Monsanto in den USA Wissenschaftler in eine Kampagne zur Förderung gentechnisch veränderter Lebensmittel eingebunden, mit deren Durchführung das PR-Unternehmen Ketchum beauftragt wurde.[47] Die diesbezüglichen Aktivitäten von Monsanto, der Biotechnolgy Industry Organisation und der Grocery Manufacturers Association sind in Tausenden von E-Mail-Seiten dokumentiert.

Wissenschaftler sind nach dem Bericht für die Lobby eine wichtige Zielgruppe, weil sie als unparteiisch und kompetent gelten und deshalb großen Einfluss auf die öffentliche Meinung sowie Politiker und Regulierer haben. Ein Teil der Wissenschaftler hat finanzielle Zuwendungen erhalten, anderen wurden Reisen nach Washington bezahlt, um dort die Interessen der Industrie zu vertreten. Weiterhin hat die Biotech-Indusrie Dutzende von Artikeln unter dem Namen prominenter Akademiker veröffentlicht, die von Beratern der Industrie verfasst worden sind.

2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt

Bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), geht es auch um die Marktöffnung für genmanipulierte Pflanzen und hormonbehandeltes Rindfleisch. Chefverhandler der US-Regierung für den Bereich Landwirtschaft ist Islam Siddiqui, der von 2001 bis 2008 als registrierter Lobbyist den Branchenverband CropLife America vertrat, in dem auch Monsanto Mitglied ist.[48]

2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA

Monsanto und weitere Unternehmen sowie der Branchenverband der Lebensmittelhersteller GMA betreiben in den USA eine Medienkampagne, um die Einführung einer gesetzlichen Kennzeichung von Gentechnik in Lebensmitteln über Volksabstimmungen zu verhindern. Insgesamt investierten sie in den Jahren 2012/2013 17 Mio. Dollar, um Stimmung gegen entsprechende Gesetze in den Bundesstaaten Kalifornien und Washington zu machen. Im Bundesstaat Washington hat der Verband auf Druck der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, welche Mitglieder sich mit welchen Beträgen an der Kampagne beteiligen. Danach gab allein Monsanto ca. 4,6 Mio. Dollar aus, um eine Kennzeichnungspflicht zu verhindern.[49]

2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien

2012 hatte ein Team um den Wissenschaftler Gilles-Eric Séralini herausgefunden, dass Stoffe in einer von Monsanto gentechnisch manipulierten Mais-Sorte im Langzeit-Test bei Ratten zu einer erheblich größeren Häufigkeit von aggressivem Krebs führten. Die EU hatte den Mais zugelassen. Die Zulassung beruhte auf einer anderen wissenschaftlichen Studie, die nur die Ergebnisse von 90 Tagen untersuchte. Die Studie, mit der die EU-Entscheidung wissenschaftlich belegt worden war, war im Auftrag von Monsanto erstellt worden. Nachdem die Séralini-Studie bekannt wurde, bestritt die EU-Kommission in einer Pressemitteilung, dass die Studie wissenschaftlich sei. Wenig später wurde die Studie nach dem obligaten Procedere in einem angesehen wissenschaftlichen Journal veröffentlicht. Gleichwohl erklärte die EU, dass sie keinen Grund sehe, die Zulassung für den Gen-Mais von Monsanto zu widerrufen.[50][51]

2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)

Im Jahr 2009 wurde der von Attac Dänemark, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, Friends of the Earth International, Oil Change International und Spinwatch organisierte Preis für irreführendes Konzern-Lobbying nach einer Online-Abstimmung an Monsanto vergeben. Monsanto war nominiert worden, weil das Unternehmen genmanipuliertes Saatgut wie die Soja-Bohne „RoundupReady“ in aggressiver Weise als Mittel zur Lösung der Klimaproblematik ins Gespräch brachte. In Lateinamerika trägt die Verbreitung von genmanipuliertem Soja der Monsanto-Marke „RoundupReady“ zur Vernichtung des Regenwalds bei und damit zur Steigerung von Treibhausgas-Emissionen. Dennoch arbeitete ein „Runder Tisch für verantwortungsbewusstes Soja“ (Round Table on Responsible Soy, RTRS) unter Beteiligung von Monsanto daran, gentechnisch verändertes Soja als „verantwortungsbewusst“ zu kennzeichnen.[52]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Monsanto stellte im Wesentlichen Saatgut und Pflanzenschutzmittel - u.a. das umstrittene Glyphosat - her. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in den USA. Der Konzern hatte 2015 einen Umsatz von ca. 15 Mrd. US-Dollar und beschäftigt ca. 22.500 Mitarbeiter. In Deutschland war der Konzern über die Monsanto Agrar Deutschland GmH mit Sitz in Düsseldorf in den Bereichen Pflanzenschutz, Saatgut, Gemüsesaatgut und Biotechnologie tätig.

Chairman und Chief Executive Officer war

- Hugh Grant

Weiterführende Informationen

- Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft Die Tricks von Monsanto und der Beitrag der Behörden, um Glyphosat vor einem Verbot zu retten, März 2017
- Eintrag zu Monsanto bei Corporate Watch, UK
- Eintrag zu Monsanto bei CorpWatch, USA
- Marie-Monique Robin (2008): Mit Gift und Genen: Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert
- Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss (2010): Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, aktualisierte Auflage, Eintrag: Monsanto

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Bayer streicht den Namen Monsanto, sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.04.2020
2. ↑ Gemeinsam schaffen wir ein führendes Unternehmen der Agrarwirtschaft, advancingtogetehr.com, abgerufen am 13.06.2018
3. ↑ Monsanto Greenpeace Magazin 1.07, Webseite greenpeace-magazin, abgerufen am 16.07.2013
4. ↑ Fördermitglieder der GKB e.V. Webseite GKB, abgerufen am 14.11.2013
5. ↑ Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung e.V. (GKB) SATZUNG Webseite GKB, abgerufen am 13.11.2013
6. ↑ Bauernverbands-Präsident will weiter für Monsanto arbeiten, muv-nachrichten.de vom 19.08.2016, abgerufen am 29.07.2018
7. ↑ Unsere Mitglieder, forum-moderne-landwirtschaft.de, abgerufen am 29.07.2018
8. ↑ Emotionale Kampagne, wissenschaftlich nicht unterlegt, deutschlandfunk.de vom 25.10.2017, abgerufen am 29.07.2018
9. ↑ Impressum, glyphosat.de, abgerufen am 21.12.2017
10. ↑ Europa-Parlament entzieht Monsanto den Lobby-Zugang, heise.de vom 29.09.2017, abgerufen am 16.12.2017
11. ↑ Marianne Falck, Hans Leyendecker, Silvia Liebrich: Der unheimliche Konzern Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais, Süddeutsche Zeitung vom 13./14.07.2013
12. ↑ Dämonen und Depeschen, 13.07.2013, sueddeutsche.de, abgerufen am 17.07.2013
13. ↑ Current Partners, hesiglobal.org, abgerufen am 15.12.2017
14. ↑ Zusammenfassung dieser Debatte: EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie, LobbyControl vom 01.06.2015, abgerufen am 08.04.2020
15. ↑ WHO-Experten stufen Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend ein, spiegel.de vom 30.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
16. ↑ Monsanto: Mächtige Lobby, sueddeutsche.de vom 16.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
17. ↑ [17,017,1] EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie, lobbycontrol.de vom 01.06.2015, abgerufen am 16.04.2020
18. ↑ Wie gefährlich ist C3H8NO5P wirklich?, welt.de vom 15.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
19. ↑ Wenn Leserbriefe von Monsanto als Studien gelten, sueddeutsche.de vom 17.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
20. ↑ Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR, drive.google.com vom 27.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
21. ↑ Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung, sueddeutsche.de vom 30.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
22. ↑ Hornbach verbannt Glyphosat und bienengefährdende Stoffe, utopia.de vom 02.03.2016, abgerufen am 08.04.2020
23. ↑ EU-Dokumente belegen geheime Absprachen zwischen Kommission und Glyphosat-Herstellern, umweltinstitut.org vom 16.06.2016, abgerufen am 08.04.2020

24. ↑ Glyphosat: Kommission verlängert Zulassung bis 2017, topagrar.com vom 29.06.2016, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ Merkel spricht sich öffentlich für Glyphosat aus, topagrar.com vom 19.08.2016, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ Glyphosate not classified as a carcigonen by ECHA, echa.europa.eu vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
27. ↑ ECHA: Glyphosat, echa.europa.eu, abgerufen am 08.04.2020
28. ↑ Monsanto soll Glyphosat-Studien beeinflusst haben, sueddeutsche.de vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
29. ↑ Ein Mittel zur Vernichtung von Unkraut und Vertrauen, sueddeutsche.de vom 16.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
30. ↑ Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor, spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
31. ↑ Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten, sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
32. ↑ Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien, spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 08.04.2020
33. ↑ Millionenstrafe gegen Monsanto, n-tv.de vom 11.08.2018, abgerufen am 08.04.2020
34. ↑ Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat, Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, abgerufen am 24.03.2020
35. ↑ Gift für mehr Wachstum, zeit.de vom 06.08.2015, abgerufen am 24.03.2020
36. ↑ Plenarprotokoll 17/149, dipbt.bundestag.de vom 15.12.2011, abgerufen am 24.03.2020
37. ↑ Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show, nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ Hat Monsanto Wissenschaftler gekauft?, zeit.de vom 11.10.2017, abgerufen am 25.03.2020
39. ↑ Verdeckte Finanzierung: Monsantos Lobbystudien zu Glyphosat, lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 01.04.2020
40. ↑ [40,040,1] Cook S., S. Wynn, Clarke J.H. (2010). How valuable is glyphosate to UK agriculture and the environment? Outlook on Pest Management 21(6), S. 280–284
41. ↑ Wynn S., Cook, S. & Clarke J.H. (2014) Glyphosate use on combinable crops in Europe: implications for agriculture and the environment. Outlooks on Pest Management 25 (5), S. 327-331
42. ↑ Die wirtschaftliche Bedeutung von Glyphosat-haltigen Herbiziden: Fallstudien in Großbritannien und Deutschland, glyphosat.de vom 10.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
43. ↑ Glyphosate - the basics: Our Q&A, nfuonline.com vom 31.03.2017, abgerufen am 01.04.2020
44. ↑ Glyphosat - Wikipedia, wikipedia.org, abgerufen am 01.04.2020
45. ↑ Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien, lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 01.04.2020
46. ↑ International Monsanto Tribunal: Advisory Opinion, monsantotribunal.org vom 18.04.2017, abgerufen am 08.04.2020
47. ↑ Eric Lipton: Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show, nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 08.04.2020
48. ↑ Der unheimliche Konzern: Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais, Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Juli 2013
49. ↑ Gentechnik-Kennzeichnung in den USA: Nur keine Transparenz, sueddeutsche.de vom 22.11.2013, abgerufen am 08.04.2020
50. ↑ Lebensmittel: Wie Monsanto heimlich die EU unterwandert, deutsche-wirtschafts-nachrichten.de vom 01.05.2013, abgerufen am 01.04.2020

51. ↑ William Engdahl: Cancer of Corruption, Seeds of Destruction: The Monsanto GMO Whitewash, globalresearch.ca vom 19.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
52. ↑ Monsanto gewinnt den Preis der wütenden Meerjungfrau, lobbycontrol.de vom 15.12.2009, abgerufen am 01.04.2020

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

Die **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit** (**EFSA** , engl. European Food Safety Authority) ist eine Agentur der EU. Zu ihren Aufgaben gehören Lebens- und Futtermittelsicherheit, Ernährung, Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzenschutz und Pflanzengesundheit. Sie ist zum Beispiel zuständig für Pestizidrückstände in Lebensmitteln, Zusatzstoffe, Gen-Pflanzen und Verpackungen.

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

Hauptsitz	Parma
Gründung	28. Januar 2002
Tätigkeitsbereich	Lebensmittel- und Futtermittelsicherung
Mitarbeiter	450 MitarbeiterInnen
Etat	73 Mio. Euro
Webadresse	efsa.europa.eu

Annette Toft, Brüsseler Cheflobbyistin des "Danish Agriculture & Food Council", einem Mitgliedsunternehmen des Verbands COPA-COGECA sowie Vorsitzende der COPA-COGECA-Arbeitsgruppe zu Lebensmitteln, ist Mitglied des Verwaltungsrats von EFSA.[1][2] 2017 hatten außerdem fast die Hälfte der WissenschaftlerInnen der Wissenschaftlichen Gremien parallel Posten bzw. Verbindungen zu Lobbyverbänden der Lebensmittelindustrie bzw. den Lebensmittelkonzernen selbst. Es bestehen deswegen Zweifel, ob die EFSA nur für das Allgemeinwohl handelt. Ihr wird - belegbar - vorgeworfen, dass sie die Interessen der Industrie, insbesondere die der Gentechnik-Industrie, zu stark berücksichtigt.

- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien 27
1.1 Fast die Hälfte der EFSA-WissenschaftlerInnen hat Industrieverbindungen 27
1.2 Die Lebensmittelindustrie im Verwaltungsrat und an anderen Stellen 28
1.3 Chronologie des Falls Diana Banati 28
1.4 Verflechtungen mit dem International Life Sciences Institute (ILSI) 29
2 Richtlinien der EFSA zu lobbyrelevanten Themen 29
2.1 Regeln zu Interessenkonflikten 29
2.2 Regeln zur Einbeziehung von Interessengruppen ("Stakeholders") 30

3 Fallstudien und Kritik 30
3.1 2017/2019: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien 30
3.2 2015: EFSA weiter für die Zulassung von Glyphosat 31
3.3 2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren 31
3.4 2014: EU-Parlament will eine 2-jährige Abkühlphase 32
3.5 2013: Die Nominierung von Beate Kettlitz 32
3.6 2012: Kritik vom EU-Parlament und Rechnungshof 32
3.7 2012: Verschiedene Standards bei der EFSA bei wissenschaftlichen Publikationen 32
3.8 2012: Die Nominierung von Mella Frewen 33
3.9 2012: EFSA erlaubt Anbau von Gen-Soja 33
3.10 2012: Gentechnik-Befürfworter dominieren Expertengremium weiterhin 33
3.11 2010: Zulassung der Gentechnik-Kartoffelsorte Amflora 33
3.12 2008: Seitenwechsel von Suzy Renckens 34
3.13 2007: Bisphenol A - Grenzwerte 34
4 Organisationsstruktur und Personal 34
4.1 Verwaltungsrat der EFSA ("Management Board") 34
4.2 Geschäftsführender Direktor 35
4.3 Wissenschaftliche Gremien / Wissenschaftlicher Ausschuss 36
5 Partner und Netzwerke 37
5.1 Stakeholder-Forum 37
5.2 Stakeholder-Büro 38
5.3 Spezielle Plattformen 38
6 Finanzen 38
7 Kurzdarstellung und Geschichte 38
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 38
9 Einzelnachweise 38

Einflussnahme und Lobbystrategien

Fast die Hälfte der EFSA-WissenschaftlerInnen hat Industrieverbindungen

Die lobbykritische Organisation CEO hatte im Oktober 2013 die Studie " Unhappy meal. The European Food Safety Authority's independence problem" zu den Wissenschaftlichen Gremien der EFSA veröffentlicht.[3] Danach hatten 123 von 209 (59%) WissenschaftlerInnen der Wissenschaftlichen Gremien mindestens eine Verbindung zur Industrie - zu genau den Industriezweigen, die von der EFSA reguliert werden sollen. Sie dominierten damit 9 der 11 Wissenschaftlichen Gremien. Den Negativrekord hielt das Gremium "Diätetische Produkte, Ernährung und Allergien " (NDA), in dem 17 der 20 Wissenschaftler insgesamt 108 Verbindungen zur Industrie, zu Lobbygruppen oder zu von der Wirtschaft finanzierten Organisationen hatten.

Im Juni 2017 hat CEO in einer neuen Studie die Industrieverbindungen aktualisiert.[4][5] Danach hat sich die Situation nur leicht verbessert: Der Anteil von Experten mit einem Interessenkonflikt ist von 59 % im Jahr 2013 auf 46 % im Jahr 2017 zurückgegangen. Die Industrie dominierte 4 der 11 Wissenschaftlichen Gremien. Den Negativrekord hält 2017 das Gremium „Lebensmittelzusatzstoffe und Lebensmitteln zugesetzte Nährstoffquellen“ (ANS), in dem 12 von 21 der Wissenschaftler Verbindungen zur Industrie, zu Lobbygruppen oder zu von der Wirtschaft finanzierten Organisationen haben.[6]

Die Lebensmittelindustrie im Verwaltungsrat und an anderen Stellen

Annette Toft ist Brüsseler Cheflobbyistin des "Danish Agriculture & Food Council", einem Mitgliedsunternehmen des Dachverbands COPA COGECA, und Vorsitzende der COPA COGECA - Arbeitsgruppe zu Lebensmitteln..[7][8] Weiterhin ist sie Mitglied der folgenden EU-Plattformen: "Platform on health, nutrition, and physical activity" und "Platform on food waste"[9]

Die lobbykritische Organisation CEO hat 2011 in einer Studie[10] aufgezeigt, dass mehrere damalige Verwaltungsratsmitglieder der EFSA gleichzeitig in Gremien und Aufsichtsräten der Lebensmittelindustrie arbeiteten.

Die EFSA leugnete diese Verbindungen nicht, sah aber in ihnen auch keinerlei Probleme. Dass Mitglieder des Verwaltungsrates der EFSA, der höchsten europäischen Lebensmittelbehörde, auch von der Lebensmittelindustrie bezahlt werden und dadurch Interessenkonflikte auftreten können, war für die Europäische Kommission anscheinend nicht vorstellbar. Dabei haben Verwaltungsratsmitglieder erheblichen Einfluss in der EFSA und auf deren Aufgaben. Neben der strategischen Ausrichtung und dem Beschluss des Haushaltes, besetzt der Verwaltungsrat auch die wissenschaftlichen Gremien, die für die Gutachten der EFSA verantwortlich sind. Dort platzierte industrienahe Wissenschaftler können maßgeblichen Einfluss auf spätere Entscheidungen ausüben. Eigentlich ist es die Aufgabe des Verwaltungsrats, dafür zu sorgen, dass die Behörde unabhängig bleibt.

Als Reaktion auf diese auch vom EU-Parlament geäußerte Kritik hat die EFSA Maßnahmen beschlossen, die die Unabhängkeit der Behörde wahren und Interessenkonflikte verhindern sollen. Diese finden sich in den Unabhängigkeitsrichtlinien von 2011[11], die im Juni 2017 überarbeitet wurden.[12] CEO bewertet auch die neuen Regeln als unzulänglich.[13]

Im März 2016 wurde bekannt, das ausgerechnet Barbara Gallani, eine Lobbyistin der englischen Lebensmittelindustrie, die Kommunikationsabteilung der Behörde leiten soll.[14]

Chronologie des Falls Diana Banati

Exemplarisch war 2012 der Fall Diana Banati. Banati war Mitglied des Verwaltungsrats der EFSA als 2010 aufgedeckt wurde, dass sie zeitgleich im Vorstand des Industrielobbyverbandes International Life Sciences Institute (ILSI) sitzt. Daraufhin trat sie von diesem Posten zurück. Dennoch wurde sie kurz darauf zur Vorsitzenden des EFSA-Verwaltungsrates gewählt. Schlusspunkt dieses Skandals war nun, dass Banati im Mai 2012 wieder einen Posten bei dem ILSI angenommen hat. Daraufhin musste sie nun komplett aus dem EFSA-Verwaltungsrat ausscheiden.

- Diána Bánáti wurde im Juni 2006 als Mitglied des EFSA-Verwaltungsrats ernannt und 2010 für eine zweite vierjährige Amtszeit wiederberufen.
- Im September 2010 kam heraus, dass Frau Bánáti gleichzeitig Mitglied des Vorstandes beim International Life Sciences Institute (ILSI) war, was sie jedoch in ihrer Selbstauskunft bei der EFSA im März 2010 verschwiegen hatte.[15]
- Erst auf Drängen von José Bové, MdEP der französischen Grünen, trat sie nach Bekanntwerden dieser Personalie im Oktober 2010 vom ILSI-Vorstand zurück, durfte aber ihren Job bei der EFSA ohne Konsequenzen behalten.[15]
- Im Oktober 2010 wurde sie dann zur Vorsitzenden des EFSA-Verwaltungsrats gewählt.

- Für den Zeitraum von Oktober 2010 bis Mai 2012 hat Diána Bánáti keine Angaben über eine Verbindung zu ILSI Europe gemacht.
- Die EFSA wurde am 08.05.2012 von Bánáti informiert, dass sie wieder eine berufliche Position beim ILSI übernehmen werde. Auf Wunsch der EFSA ist Diána Bánáti als Mitglied und Vorsitzende des EFSA-Verwaltungsrats zurückgetreten, da diese Position nicht vereinbar sei mit ihren Funktionen bei der EFSA.
- Bánáti wurde zum neuen "Executive and Scientific Director" von ILSI Europe ernannt.[16]

Quelle: [17]

Verflechtungen mit dem International Life Sciences Institute (ILSI)

Bis 2012 gab es enge Verflechtungen zwischen EFSA und ISLI. Neben Diana Banati und Milan Kovác aus dem Verwaltungsrat der EFSA sind weitere Verbindungen von Experten der EFSA mit dem ILSI bekannt.

- Harry Kuiper war von 2003-2012[18] der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen" (GMO), das die Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen prüft. Zugleich hatte er enge Beziehungen zum ILSI. Er war Mitglied einer sogenannten Task Force von ILSI, die von einem Mitarbeiter der US-Firma Monsanto geleitet wurde. Andere Mitglieder der Gruppe waren Vertreter der Konzerne Bayer, Dow AgroSciences, Dupont und Syngenta. Sie alle produzieren gentechnisch veränderte Pflanzen.[19]

- Gijs Kleter war Mitglied des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen" (GMO). Er arbeitete viele Jahren mit dem International Life Science Institute (ILSI) zusammen.[20]
- Alfonso Lampen, Leiter der Abteilung Lebensmittelsicherheit des BfR, war Mitglied der EFSA-Expertengruppe „Scientific assessment support working groups“ (SAS) und pflegte enge Beziehungen zum ILSI: Er gehörte u.a. der Expertengruppe „From Thresholds to Action Levels“ an und leitet die Beratergruppe „Advisory Group on 3-MCPD Esters in Food Products“. Lampen hat in seiner Interessenerklärung bei der EFSA seine Kontakte zum ILSI nicht angegeben.[21]
- Für das ILSI aktiv waren auch die deutschen Experten Roland Franz und Karl Heinz Engel, die gleichzeitig für das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) in Berlin tätig waren. Beide hatten gegenüber der EFSA ihre Aktivitäten bei ILSI nicht angegeben.[20]

Die personellen Verflechtungen zwischen EFSA und ISLI sind nach dem Inkraftreten der Unabhängigkeitsrichtlinie größtenteils aufgelöst worden. Ab 2012 schieden ISLI-Repräsentanten aus EFSA-Gremien aus und Mitglieder von EFSA-Gremien stellten ihre Aktivitäten bei ISLI ein. Die ILSI-Tochtergesellschaft Health and Environmental Sciences Institute (HESI) benennt jedoch auf ihrer Webseite die EFSA weiterhin als Partnerorganisation (Stand: Dezember 2017).[22].

Richtlinien der EFSA zu lobbyrelevanten Themen

Regeln zu Interessenkonflikten

Die EFSA hat auf Kritik an Interessenskonflikten reagiert und Ende 2011 Richtlinien der Behörde zu Unabhängigkeit und wissenschaftlichen Entscheidungsfindungsprozessen verabschiedet.[23] Alle WissenschaftlerInnen der Wissenschaftlichen Gremien und ihrer Arbeitsgruppen müssen eine Verpflichtung zu unabhängigem Handeln – sowie jährlich eine Erklärung zu etwaigen Interessenkonflikten abgeben. Die Interessenerklärungen werden von der EFSA veröffentlicht. EFSA-Mitarbeiter, die die EFSA verlassen,

müssen die Behörde innerhalb von 2 Jahren nach ihrem Ausscheiden über nachfolgende Beschäftigungsverhältnisse unterrichten, damit die EFSA prüfen kann, ob diese möglicherweise zu einem Interessenkonflikt führen könnten.[23] Die lobbykritische Organisation CEO hat die Unabhängigkeitsrichtlinien 2013 mit dem Ergebnis geprüft, dass die Vorgaben lückenhaft sind und die Behörde bei der Überprüfung ihrer eigenen Mitarbeiter versagt.[24] So sehe die EFSA nur dann einen Interessenkonflikt, wenn der fragliche Experte zum exakt selben Thema des wissenschaftlichen Gremiums auch in der Industrie arbeite. Auch würden die abgegebenen Interessenerklärungen nicht weiter überprüft.

Die im Juni 2017 überarbeiteten Unabhängigkeitsrichtlinien enthalten u.a.[25][26]:

- eine neue Definition eines Interessenkonflikts
- ein Regelpakeit zur Cooling-off-Periode („Abkühlungsphase“) für externe Sachverständige
- eine Verpflichtung für Experten, den Anteil ihres jährlichen Einkommens von jeder Organisation, Einrichtung oder Firma anzugeben, deren Tätigkeiten in den Arbeitsbereich der EFSA fallen
- Veröffentlichung der Liste der institutionellen Partner („institutional fellows“) der EFSA

Die aktuellen Richtlinien bleiben in Kraft, bis neue Durchführungsbestimmungen für die überarbeiteten Richtlinien verabschiedet werden. Die Durchführungsbestimmungen lagen Ende 2017 noch nicht vor.[27]

Laut Einschätzung von CEO enthält die Neuregelung einige Verbesserung zur Transparenz und verschärft die Bestimmungen zur Beratung und der Rolle des Managements[28] Die Verbesserungen seien jedoch vermutlich begrenzt, weil einige Schlupflöcher der alten Regelung nicht geschlossen wurden. Der Anwendungsbereich für die Beurteilung der Interessenkonflikte von Experten der EFSA-Gremien scheine so unbestimmt zu bleiben, dass er nicht geeignet sei, finanzielle Interessenkonflikte zu verhindern. Die unbestimmten Formulierungen sollten deshalb in den Durchführungsbestimmungen näher erläutert werden.

Regeln zur Einbeziehung von Interessengruppen ("Stakeholders")

Der Vewaltungsrat („Management Board“) der EFSA hat im Juni 2016 Kriterien für die Registrierung von Interessenvertretern („Stakeholders“) und die Errichtung eines „Stakeholder Forum“ und eines „Stakeholder Bureau“ bekanntgegeben.[29][30] Die EFSA unterteilt ihre Interessengruppen in sieben Hauptgruppen: Verbraucherverbände, Nichtregierungsorganisationen und Interessenverbände, Unternehmen und Lebensmittelindustrie, Vertreiber und Horeca, Berufs- und Fachverbände, Wissenschaftler, Landwirte und Primärerzeuger.[31] Neben den beiden ständigen Gremien Stakeholder-Forum und Stakeholder-Büro wird es eine Reihe spezieller Plattformen geben, über die sich die EFSA mit Interessengruppen zu technischen Fragen austauscht. Hierzu gehören: Mandat-Arbeitsgruppen, Wissenschaftliche Kolloquien, Diskussionsgruppen, Roundtables, Kommunikationslabor, Infor-Sessions.

Fallstudien und Kritik

2017/2019: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützte die Bundesregierung die EFSA bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.[32] Die EFSA begründete - wie das das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung

die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europapabgeordnete haben die EFSA daraufhin vor dem Gericht der Europäischen Union mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der EFSA und der Chemiekonzerne.

Das Gericht der Europäischen Union hat am 7. März 2019 entschieden, dass die EFSA Studien veröffentlichen muss, die das Krebsrisiko von Glyphosat untersuchen.[33] Diese hatte sich mit dem Argument geweigert, die Studien enthielten Geschäftsgeheimnisse der Glyphosat-Hersteller. Nach Auffassung des Gerichts sind Informationen über Umweltemissionen wichtiger als Geschäftsinteressen. Gegen die Entscheidung kann ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof eingelegt werden.

2015: EFSA weiter für die Zulassung von Glyphosat

Die EFSA hat empfohlen, den weltweit meistverkauften Pestizidwirkstoff Glyphosat weiter zuzulassen – obwohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ihn als „wahrscheinlich krebserregend“ bezeichnet. [34] Am 27.11.2015 haben knapp 100 WissenschaftlerInnen in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) erhoben.[35] Die Analyse des BfR sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt". [36] Im März 2016 stimmte der Umweltausschuss des EU-Parlaments gegen die voreilige Verlängerung der Zulassung.[37] Im Laufe des Entscheidungsprozesses kam keine qualifizierte Mehrheit im Ministerrat der EU zu Stande, so dass die Genehmigung erloschen würde. In solchen Fällen kann die EU-Kommission die letzte Entscheidung fällen. Ende Juni 2016 kündigte der zuständige EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis an, dass es eine Verlängerung der Glyphosat-Genehmigung um bis zu 18 Monate geben werde.[38]

2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren

Das EU-Parlament hatte 2009 eine starke Regulierung von chemischen Stoffen auf den Weg gebracht, die auf den Menschen wie Hormone wirken, sogenannten Endokrine Disruptoren. Darunter fallen z. B. eine Anzahl von Pestiziden, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden.
Industrieverbände laufen dagegen Sturm und warnen vor Ernteverlusten beim Verbot dieser Pestizide. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) argumentiert ganz ähnlich wie die Industrie und äußert in einem Positionspapier von 2011 "große Bedenken" wegen der "bedeutenden wirtschaftlichen Folgen".[39]
Daneben beauftragt die EU-Kommission die EFSA eine Stellungnahme zum Thema zu erarbeiten. Die EFSA setzt dazu eine 18-köpfige Arbeitsgruppe ein. 8 Mitglieder haben Verbindungen zur Industrie, 3 haben bereits zu Gunsten der Industrie Stellung bezogen und nur 4 haben überhaupt wissenschaftlich zum Thema endokrine Disruptoren gearbeitet. Ergebnis der EFSA-Stellungnahme ist, dass die Substanzen wie "die meisten anderen Chemikalien" behandelt werden können.[40]

2014: EU-Parlament will eine 2-jährige Abkühlphase

Das EU-Parlament fordert von der EFSA in einer Entschließung vom 03.04.2014 die Einführung einer 2-jährigen Abkühlphase bevor WissenschaftlerInnen mit Verbindungen zur Agrar-und Lebensmittelindustrie für die EU-Agentur arbeiten dürfen.[41]

2013: Die Nominierung von Beate Kettlitz

Für die Neubesetzung des Verwaltungsrates im Juni 2014 wurde Beate Kettlitz nominiert. Kettlitz ist Cheflobbyistin bei FoodDrinkEurope (FDE), des größten EU-Dachverbands der Lebensmittelindustrie. Sie ist seit 2005 Direktorin des Bereiches 'Food Policy, Science and R&D' und ausserdem zuständig für die Betreuung der Lobby Plattform Food For Life- einer European Technology Platform (ETP), die unter der Schirmherrschat von FoodDrinkEurope steht.[42] Beate Kettlitz steht nun nicht mehr auf der finalen Liste der KandidatInnen für den Verwaltungsrat. [43]

2012: Kritik vom EU-Parlament und Rechnungshof

Das EU-Parlament (EP) verweigerte im Mai 2012 kurzzeitig die Entlastung des Haushalts 2010 der EFSA. Begründet wurde das zum einen mit überzogenen Ausgaben für den 15-köpfigen EFSA-Verwaltungsrat. Das EP verlangte "drastische Einschnitte ". Zum anderen wurden die Interessenkonflikte innerhalb der EFSA kritisiert.[44] Auch der Europäische Rechnungshof beanstandete die Arbeit der EFSA indem er der Agentur einen unangemessenen Umgang mit Interessenkonflikten vorwarf.[45]

2012: Verschiedene Standards bei der EFSA bei wissenschaftlichen Publikationen

Die gentechnik-kritische Organisation **Testbiotech** zeigt in einer Analyse, dass die EFSA unterschiedliche Standards bei der Bewertung wissenschaftlicher Publikationen anlegt. Demnach variieren die Kriterien von Fall zu Fall und die Bewertung von Studien wird anscheinend von vorgefassten Meinungen beeinflusst.
Anlaß ist die französische Studie mit Ergebnissen von Langzeitversuchen mit gentechnisch verändertem Mais (NK603) und dem Herbizid *Roundup*. Hier zeigten sich bei Ratten deutliche Hinweise auf gesundheitliche Schäden (Séralini et al., 2012).
Die EFSA wies diese Ergebnisse mit dem Argument zurück, bei der Durchführung der Studie seien wissenschaftliche Standards wie die der OECD nicht eingehalten worden.
Die jetzt vorgelegte Analyse zeigt aber, dass die EFSA in der Vergangenheit bereits mehrfach Studien akzeptiert hat, die keineswegs die wissenschaftlichen Standards erfüllen, welche die Behörde nun als Maßstab an die Veröffentlichung aus Frankreich anlegt. Allerdings waren dies durchwegs Studien, in denen keine gesundheitlichen Risiken festgestellt wurden. Der Verdacht liegt nahe, dass sich die EU Behörde die ihr jeweils passenden Befunde selektiv herauspickt.
Laut Testbiotech zeigt die Studie aus Frankreich im Vergleich mit bisherigen Studien sogar ein deutlich höheres wissenschafliches Niveau, auch wenn sie methodische Schwächen aufweist.[46]

2012: Die Nominierung von Mella Frewen

Mella Frewen wurde im Frühjahr 2012 durch die EU-Kommission als neues Mitglied des Verwaltungsrates der EFSA vorgeschlagen. Der Vorschlag für ihre Nominierung war auf heftige öffentliche Kritik gestoßen, da bei Frewen Interessenkonflikte aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit befürchtet wurden. Frewen ist seit 2007 Generaldirektorin und damit Cheflobbyistin des Lebensmittelindustrieverband FoodDrinkEurope (FDE). Unter anderem betrieb Frewen 2009 intensive Lobbyarbeit, damit in der EU die Kontamination von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Pflanzen auch dann toleriert wird, wenn diese in der EU gar nicht zugelassen sind. Von 2002 bis 2007 war Frewen für Monsanto, Hersteller gentechnisch veränderter Organismen, als Cheflobbyistin für Europa und Afrika beschäftigt.
Im Juni 2012 wurde aus Verhandlungskreisen in Brüssel bekannt, dass der Ministerrat Mella Frewen nicht für den Verwaltungsrat der EFSA nominieren wird.[47], [48]

2012: EFSA erlaubt Anbau von Gen-Soja

Die EU-Lebensmittelbehörde EFSA erlaubt dem amerikanischen Agrarkonzern Monsanto erstmals den Anbau von Gen-Soja in Europa. Monsanto ist Marktführer unter den Gentechnikherstellern. Er würde gern Saatgut seines "Roundup Ready"-Soja für den Anbau in Europa verkaufen, das bislang nur für den Import zugelassen ist. Die Sorte kommt in der Regel in Verbindung mit einem Spritzmittel zum Einsatz, das den giftigen Wirkstoff Glyphosat enthält.[49]

2012: Gentechnik-Befürfworter dominieren Expertengremium weiterhin

Die Neubesetzung 2012 des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen (GMO)" bringt keinen Richtungswechsel: Nach wie vor dominieren die Befürworter der Agrogentechnik. Nach Einschätzung der NGO "Testbiotech" haben 11 der 20 Mitglieder Verbindungen zur Industrie oder sind als Befürworter der Agrogentechnik einzuschätzen:

- Ein Mitglied des Gremiums ist Gijs Kleter, der viele Jahren mit dem International Life Science Institute (ILSI) zusammenarbeitete.
- Huw Jones, ein weiterer Vertreter in dem Gremium, ist an der Entwicklung von gentechnisch verändertem Weizen beteiligt und kooperierte mit Konzernen wie Bayer und Dow AgroSciences.
- Patrick du Jardin gehört der Public Research and Regulation Initiative (PRRI) an, die als Lobbygruppe versucht, Einfluss auf Prüfstandards und die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln zu nehmen. Er hat dies aber in seiner offiziellen Interessenserklärung bei der EFSA nicht angegeben.
- Aus Deutschland sitzen die Experten Achim Gathmann und Christoph Tebbe im Gremium der EFSA. Sie sind für eine eher unkritische Haltung gegenüber den Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen bekannt. [20]

2010: Zulassung der Gentechnik-Kartoffelsorte Amflora

Die NGO "Corporate Europe Observatory" (CEO) hat im November 2011 eine Studie veröffentlicht, die die Lobbyarbeit von BASF für die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora und die Verflechtungen der EFSA beleuchtet.
Im März 2010 hatte die EU-Kommission Amflora nach massiver Lobbyarbeit von BASF zugelassen. Vorausgegangen war 2009 eine umstrittene Stellungnahme der EFSA zur Nutzung von Antibiotika-

Resistenzgenen in gentechnisch veränderten Organismen (GMO). Mehr als die Hälfte der unterzeichnenden Mitglieder des zuständigen Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen (GMO)" hatten laut der Studie Interessenkonflikte nach der Definition der OECD. Sie reichen von der Annahme von Fördergeldern der Gentechnik-Industrie über die Mitgliedschaft oder Mitarbeit in Pro-Gentechnik-Verbänden bis zum Schreiben oder Besprechen von Industrie-gesponserten Publikationen. Außerdem haben in dem Gremium Experten zur Nutzung von Antibiotika in der Humanmedizin gefehlt. Die Studie geht außerdem auf die Vorgeschichte der EFSA-Stellungnahme und die Rolle des niederländischen Wissenschaftlers Harry Kuiper ein. Er war in dem Zeitraum Vorsitzender des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen (GMO)" und hat enge Verbindungen zur Biotechnik-Industrie. Nach Recherchen von CEO bestätigt die Stellungnahme von 2009 eine Stellungnahme des GMO-Gremiums von 2004, die ihrerseits fast vollständig aus einem „review paper“ übernommen wurde, das von dem industrienahen EU-geförderten Forschungsprojekt ENTRANSFOOD gesponsert wurde.[50]

2008: Seitenwechsel von Suzy Renckens

Suzy Renckens war bis 2008 Abteilungsleiterin des Bereichs Gentechnik der EFSA. Sie wechselte kurz nach Beendigung dieser Tätigkeit zum Gentechnik-Unternehmen Syngenta - als Lobbyistin. Das Unternehmen stellt gentechnisch veränderte Pflanzen her und vermarktet sie.[51]

2007: Bisphenol A - Grenzwerte

Die EFSA beschloss Anfang 2007 die gesetzlichen Grenzwerte für Bisphenol A zu erhöhen, das heißt zu lockern.[52] Bisphenol A ist ein chemischer Stoff, der für die Herstellung von Epoxidharzen und Polycarbonaten verwendet wird und z.B. in Trinkflaschen für Säuglinge und Kleinkinder vorkommt. Über 153 öffentlich finanzierte Studien kamen zu dem Ergebnis, dass Bisphenol A eine hormonähnliche Wirkung besitzt und insbesondere bei Kindern schädliche Folgen haben kann. Grundlage für die Entscheidung der EFSA war allerdings eine amerikanische Studie von Research Triangle Institut (RTI). Auffällig war, dass diese Studie den meisten anderen Studien zu Bisphenol A widersprach und dieses als ungefährlich einstufte. Die Süddeutsche Zeitung fand heraus, dass diese Studie durch das American Plastics Council finanziert wurde, einem Verband der Plastikindustrie. [53] Diesem Verband gehört unter anderem Bayer, Dow Chemicals und GE Plastics an, die zu den größten BPA-Produzenten auf der Welt gehören. Dieser Beschluss zeigt, wie groß der Lobbyeinfluss von großen Wirtschaftsunternehmen und Verbänden auf die Politik ist und wie sich die EFSA dadurch beeinflussen lässt.

Phillip Mimkes von Beirat der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.: „*Seit Jahrzehnten ist die hormonelle Wirkung von Bisphenol A bekannt – trotzdem verharmlost der größte deutsche Hersteller, der Leverkusener Bayer-Konzern, beharrlich die Risiken und verhindert durch politische Einflussnahme ein Verbot risikoreicher Anwendungen.*“ [54]

Organisationsstruktur und Personal

Verwaltungsrat der EFSA ("Management Board")

Die EFSA wird von einem Verwaltungsrat (Management Board") geleitet. Zu seinen Hauptaufgaben gehört u. a. die Ernennung der Geschäftsführenden DirektorIn, der Mitglieder der Wissenschaftlichen Gremien und des Wissenschaftlichen Ausschusses.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind hier abrufbar. Vorsitzende ist Jaana Husu-Kallio, Staatssekretärin im finnischen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Verwaltungsratsmitglied ist auch Annette Toft, Brüsseler Cheflobbyistin des Verbands "Danish Agriculture & Food Council", der Mitglied des Dachverbands COPA-COGECA ist, und Vorsitzende der COPA-COGECA-Arbeitsgruppe zu Lebensmitteln.[55][56] Weiterhin ist sie Mitglied der folgenden EU-Plattformen: "Platform on health, nutrition, and physical activity" und "Platform on food waste"[57]

Geschäftsführender Direktor

Der Geschäftsführende Direktor ist der gesetzliche Vertreter der EFSA und für alle operativen Angelegenheiten und Personalfragen sowie die Erstellung des Jahresarbeitsprogramms zuständig.[58] Seit Juni 2014 ist Bernhard Url Geschäftsführender Direktor.

Dem Geschäftsführenden Direktor unterstehen 4 Abteilungen :

Kürzel	Abteilung		
RASA	**Risikobewertung und wissenschaftliche Unterstützung** (Risk Assessment and Scientific Assistance)	übernimmt die strategische Leitung der wissenschaftlichen Aktivitäten der EFSA	Seit 11/2015 leitet Hans Verhagen die Abteilung RASA. Verhagen arbeitete bereits in Projekten der Industrieorganisation ILSI Europe und war auch schon an mehreren Publikationen von ILSI beteiligt. [59]
REPRO	**Wissenschaftliche Bewertung regulierter Produkte** (Scientific Evaluation of Regulated Products)	unterstützt die Arbeit der EFSA bei der Bewertung von Stoffen, Erzeugnissen und Angaben, die zur Verwendung in der Lebensmittelkette bestimmt sind	
		ist zuständig für die	

COMMS	**Kommunikation und Außenbeziehungen** (Communications and External Relations)	Risikokommunikation, wissenschaftliche Zusammenarbeit und Außenbeziehungen mit Partnern und Interessengruppen der EFSA	Barbara Gallani ist seit Mai 2016 Leiterin der Abteilung Kommunikation und Außenbeziehungen. Sie arbeitete bis dahin für die britische Lobbyorganisation der Nahrungsmittelwirtschaft Food and Drink Federation (FDF) als Direktorin für Regulierung, Wissenschaft und Nachhaltigkeit.[60]
RESU	**Ressourcen und Support** (Resources and Support)	administrative und unterstützende Dienstleistungen	

Quelle: [61]

Wissenschaftliche Gremien / Wissenschaftlicher Ausschuss

Sie sollen bestehen aus unabhängigen Sachverständigen von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und nationalen Behörden für Lebensmittelsicherheit, die umfassende Kenntnisse im Bereich Risikobewertung besitzen. Hier findet die fachliche Arbeit der EFSA statt.

Kürzel	Name deutsch	Name englisch	Anzahl der Mitglieder
AHAW	Tiergesundheit und Tierschutz	Panel on Animal Health and Welfare	21
ANS	Lebensmittelzusatzstoffe und Lebensmitteln zugesetzte Nährstoffquellen	Panel on Food Additives and Nutrient Sources added to Food	21
BIOHAZ	Biologische Gefahren, einschließlich Risiken im Zusammenhang mit BSE/TSE	Panel on Biological Hazards	21
CEF	Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, Enzyme, Aromastoffe und Verarbeitungshilfsstoffe	Panel on Food Contact Materials, Enzymes, Flavourings and Processing Aids	19
CONT	Kontaminanten in der Lebensmittelkette	Panel on Contaminants	20

AM		in the Food Chain	
FEED AP	Zusatzstoffe, Erzeugnisse und Stoffe in der Tierernährung	Panel on Additives and Products or Substances used in Animal Feed	19
GMO	Genetisch veränderte Organismen	Panel on Genetically Modified Organisms	20
NDA	Diätetische Produkte, Ernährung und Allergien	Panel on Dietetic Products, Nutrition and Allergies	20
PLH	Pflanzengesundheit	Panel on Plant Health	21
PPR	Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände	Pesticides Unit and the Panel on Plant Protection Products and their Residues	21
SCER	**Wissenschaftlicher Ausschuss**, hat die Aufgabe, die Arbeit der Gremien zu bereichsübergreifenden Themen und wissenschaftlichen Angelegenheiten, die mehrere oder alle Gremien betreffen, zu unterstützen	Scientific Committee & Emerging Risks	8

Quelle: [62]

Partner und Netzwerke

Die Partner und Netzwerke sind hier abrufbar. Zu ihnen gehören Institutionen und Einrichtungen der EU, EU-Agenturen, Beratungs- und Forschungseinrichtungen, zuständige Einrichtungen in den Mitgliedstaaten und Internationale Organisationen.

Weitere Partner sind die Interessengruppen („Stakeholders“), deren Einbeziehung unter Lobbygesichtspunkten eine besondere Bedeutung zukommt. Die Interessengruppen werden in die folgenden sieben Hauptgruppen unterteilt: Verbraucherverbände, Nichtregierungsorganisationen und Interessenverbände, Unternehmen und Lebensmittelindustrie, Vertreiber und Horeca, Berufs- und Fachverbände, Wissenschaftler, Landwirte und Primärerzeuger. Für registrierte Interessengruppen wird es möglich sein, sich mit der EFSA über eine Kombination von ständigen und Ad-hoc-Plattformen auszutauschen.[63] Als ständige Gremien wird es das Stakeholder-Forum und das Stakeholder-Büro geben. Daneben werden eine Reihe spezieller Plattformen geschaffen, über die sich die EFSA mit Interessengruppen zu technischen Fragen austauscht. Das entsprechende Konzept war Ende 2017 noch nicht vollständig umgesetzt.

Stakeholder-Forum

Die Mitglieder werden jährlich Beiträge zur Arbeit und den künftigen Schwerpunkten der EFSA leisten. Den Vorsitz hat der Geschäftsführende Direktor („Executive Director“). Das Stakeholder-Forum hat im Juni 2017 seine Arbeit aufgenommen.[64]

Stakeholder-Büro

Das Stakeholder-Büro berät die EFSA im Hinblick auf die Einbeziehung von Interessengruppen sowie den Dialog über Anliegen der Zivilgesellschaft in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Lebensmittelproduktion sowie andere Fragen im Zuständigkeitsbereich der Behörde.

Spezielle Plattformen

Neben den beiden ständigen Gremien gibt es eine Reihe spezieller Plattformen, über die sich die EFSA mit Interessengruppen zu technischen Fragen austauscht.[65] Hierzu gehören u.a. :

- Mandat-Arbeitsgruppen (Dialog in einem frühen Stadium der Erarbeitung von Selbstmandaten und Leitlinien, Stand: Piloterprobung)
- Wissenschaftliche Kolloquien (gibt es seit 2004)
- Diskussionsgruppen (fungieren als „Lernsysteme“). Im September 2017 hat die EFSA Interessengruppen aufgerufen, Kandidaten für ihre neue Stakeholder-Diskussionsgruppe zum Thema Bienen zu nominieren.[66] Von den 12 Mitgliedern sollen 3 Verbraucherverbände und NGOs, 3 die Lebensmittelindustrie und Vertreiber, 3 Bauern, Primärerzeuger und Praktiker und 3 den universitären Bereich repräsentieren.[67]
- Roundtables (erörtern Themen, die von Umwelt-NGOs und Interessenverbänden sowie Interessengruppen der Industrie vorgebracht werden)
- Kommunikationslabors (Einholen von Feedback und Input von Praktikern, Stand: Piloterprobung)
- Info-Sessions (Informationsveranstaltungen der EFSA)

Ein weiteres Beispiel ist ein Beratungsgremium, das bei der Entwicklung eines Leitliniendokuments zur Bestimmung endoktriner Disruptoren in Pestiziden und Bioziden unterstützend mitwirkt.[68]

Finanzen

Die EFSA wird aus dem EU-Haushalt finanziert.[69]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die EFSA wurde 2002 gegründet und ist offiziell eine unabhängige Behörde der Europäischen Union. Sie hat die Aufgabe, "sämtliche Risiken im Zusammenhang mit der Lebensmittelkette zu bewerten und zu veröffentlichen"[70]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ our office in Brussels, agriculture and food.dk, abgerufen am 27.10.2019
2. ↑ Profil, efsa-europa.eu, abgerufen am 26.10.2019

3. ↑ Unhappy meal. The European Food Safety Authority's independence problem Webseite CEO, abgerufen am 29.04.2014
4. ↑ Recruitment Errors, corporateeurope.org, abgerufen am 28.12.2017
5. ↑ Neaarly half the experts from the European Food Safety Authority have financial conflicts of interest , corporateeurope.org, abgerufen am 28.12.2017
6. ↑ Recruitment errors, corporateeurope.org, abgerufen am 28.12.2017
7. ↑ our office in Brussels, agriculture and food.dk, abgerufen am 27.10.2019
8. ↑ Profil, efsa-europa.eu, abgerufen am 26.10.2019
9. ↑ "Annual Declaration of Interests" der Mitglieder des Verwaltungsrats, unterzeichnet am 13.08.2019
10. ↑ Serial conflicts of interest on EFSA's management board Corporate Europe Observatory, 23 February 2011, abgerufen am 25.06.2012
11. ↑ Policy on Independence and Scientifiv Decision-Making Processes of the European Food Safety Authority, efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017
12. ↑ Unabhängige Wissenschaft, efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017
13. ↑ Recruitment Errors, corporateeurope.org vom 11.06.2017, abgerufen am 29.12.2017
14. ↑ EFSA appoints a food industry lobbyist as Communications Director and refuses to disclose why it did, Corporate Europe Observatory, 18. März 2016, zuletzt aufgerufen am 23.3.2016
15. ↑ [15,015,1] Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit: Schutz der Verbraucher oder der Industrie-Interessen? Lobbycontrol vom 21.12.2010, abgerufen am 27.06.2012
16. ↑ ILSI Europe - Press Release vom 09.05.2012, abgerufen am 27.06.2012
17. ↑ Webseite EFSA - Häufig gestellte Fragen über den Rücktritt von Diána Bánáti als Mitglied und Vorsitzende des EFSA-Verwaltungsrats abgerufen am 26.06.2012
18. ↑ Previous members Webseite EFSA, abgerufen am 17.01.2014
19. ↑ Wie unabhängig war die EFSA in den letzten 10 Jahren wirklich? Testbiotech e.V. vom 21. März 2012, abgerufen am 27.06.2012
20. ↑ [20,020,120,2] Kein Kurswechsel bei der EFSA Testbiotech e.V. vom 25.06.2012, abgerufen am 26.06.2012
21. ↑ Schlecht beraten: Gentechnik-Lobbyisten dominieren Expertengremium - Schwere Interessenkonflikte beim Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) Testbiotech e. V. vom Mai 2012, abgerufen am 27.06.2012
22. ↑ Current Partners, hesiglobal.org, abgerufen am 30.12.2017
23. ↑ [23,023,1] Unabhängigkeit Webseite EFSA, abgerufen am 29.04.2014
24. ↑ EU-Lebensmittelbehörde wird Lobbyisten nicht los, spiegel.de vom 23.10.2013, abgerufen am 28.12.2017
25. ↑ Unabhängige Wissenschaft, efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017
26. ↑ EFSA'S policy on independence, efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017
27. ↑ Unabhängige Wissenschaft, efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
28. ↑ New EFSA independence policy likely rejects most Parliament demands, corporateeurope.org vom 22.06.2017, abgerufen am 28.12.2017
29. ↑ Decision of the Management Board of the European Food Safety Authority on the criteria for establishing a list stakeholders and the establishment of the Stakeholder Forum and Stakeholder Bureau, efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
30. ↑ EFSA Stakeholder Engagement Approach, efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
31. ↑ Einbeziehung der Interessengruppen, efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
32. ↑ Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien, spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 07.12.2017

33. ↑ EU-Behörde muss Glyphosat-Studien herausgeben, süddeutsche.de vom 07.03.2019, abgerufen am 12.03.2019
34. ↑ Wahrscheinlich (nicht) krebserregend, Taz vom 12.11.2015, abgerufen am 13.11.2015
35. ↑ Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR, drive.google.com, abgerufen am 03.12.2015
36. ↑ Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung, Süddeutsche.de vom 30. November 2015 , abgerufen am 03.12.2015
37. ↑ Glyphosat-Herbizid: Umweltausschuss gegen Verlängerung der EU-Zulassung, Pressemitteilung auf der Seite des Europäischen Parlaments, 22. März 2016, zuletzt aufgerufen am 23.03.2016
38. ↑ Umstrittenes Pflanzenschutzmittel: EU-Kommission will Glyphosat-Zulassung verlängern, Der Spiegel, 29. Juni 2016, zuletzt aufgerufen am 29.06.2016
39. ↑ BfR-Positionspapier (engl.): REGULATORY DEFINITION OF AN ENDOCRINE DISRUPTER IN RELATION TO POTENTIAL THREAT TO HUMAN HEALTH BfR vom 16. Mai 2011, abgerufen am 28.05.2015
40. ↑ EU-Chemikalienregulierung: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt Spiegel-Online vom 20.05.2015, abgerufen am 28.05.2015
41. ↑ The European Parliament demands stricter regulation of conflicts of interest at EU's food safety authority CEO vom 03.04.2014, abgerufen am 21.05.2014
42. ↑ Food Drink Europe Secretariat FoodDrinkEurope.eu, abgerufen am 03.12.2013
43. ↑ Food lobbyists look set to join EFSA's board CEO vom 07.05.2014, abgerufen am 22.05.2014
44. ↑ EP gewährt Haushaltsentlastung für Großteil der EU-Ausgaben 2010 Pressedienst des EP vom 10.05.2012, abgerufen am 04.07.2012
45. ↑ Europäischer Rechnungshof: „Interessenkonflikte wurden von den ausgewählten Agenturen nicht angemessen gehandhabt“ www.europa.eu, abgerufen am 16.10.2012
46. ↑ Doppelstandards bei der EFSA Testbiotech e.V. vom 30. Oktober 2012, abgerufen am 03.12.2012
47. ↑ EU-Kommission schlägt Ex-Mitarbeiterin von Monsanto als Kandidatin für Verwaltungsrat der EFSA vor Testbiotech e.V. vom 08.03.2012, abgerufen am 27.06.2012
48. ↑ Peter Liese (CDU) und Richard Seeber (ÖVP): Nominierung EFSA-Verwaltungsrat CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament vom 08.06.2012, abgerufen am 27.06.2012
49. ↑ Monsanto drängt auf europäischen Markt Sueddeutsche.de vom 23.06.2012, abgerufen am 15.07.2012
50. ↑ Studie beleuchtet Lobbyarbeit für Gentech-Kartoffel Amflora LobbyControl vom 15.11.2011, abgerufen am 27.06.2012
51. ↑ Europäische Lebensmittelbehörde räumt Fehler ein Testbiotech e.V. vom 18.04.2012, abgerufen am 01.07.2012
52. ↑ Bisphenol A for use in food contact materials, PDF-Dokument vom 29.11.2006, abgerufen am 15.03.2011
53. ↑ Wenn der Grenzwert plötzlich fällt Süddeutsche Zeitung vom 27.06.2007, abgerufen am 29.04.2014
54. ↑ USA: Verbot von Bisphenol A in Babyflaschen gefordert, Webseite "Coordination gegen BAYER-Gefahren" vom 06.04.2005, abgerufen am 29.04.2014
55. ↑ our office in Brussels, agriculture and food.dk, abgerufen am 27.10.2019
56. ↑ Profil, efsa-europa.eu, abgerufen am 26.10.2019
57. ↑ "Annual Declaration of Interests" der Mitglieder des Verwaltungsrats, unterzeichnet am 13.08.2019
58. ↑ Führungsstrukturen, efsa.europa.eu, abgerufen am 28.10.2019
59. ↑ EFSA und ILSI: Weiter geht's Informationsdienst Gentechnik, abgerufen am 14.09.2015
60. ↑ EFSA appoints a food industry lobbyist as Communications Director and refuses to disclose why it did Webseite CEO vom 18.03.2016, abgerufen am 18.03.2016
61. ↑ Leitungsebene, efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017

62. ↑ Wissenschaftlicher Ausschuss und Wissensschaftliche Gremien, efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
63. ↑ Einbeziehung der Interessengruppen, efsa.europa.eu, abgerufen am 26.12.2017
64. ↑ Video: Stakeholder-Forum nimmt seine Arbeit auf, efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
65. ↑ Interessengruppen - Unterstützung und Orientierungshilfe bei unserer Arbeit, efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
66. ↑ Bienengesundheit: Nominierungen für Stakeholder-Gruppe gesucht, efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
67. ↑ Call to stakeholder organisations for nominating experts to the EFSA Discussion Group on EU Bee Partnership for Data Sharing, efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
68. ↑ Endoktrine Disruptoren: EFSA ruft Interessengruppen zur Beteiligung an Beratungsgremium auf, efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
69. ↑ Webseite EFSA - Wer wir sind abgerufen am 29.04.2014
70. ↑ Webseite EFSA - Was wir tun abgerufen am 29.04.2014

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.[1] Mit der Übernahme von Monsanto im Juni 2018 ist Bayer zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.[2]

Bayer AG	
Rechtsform	Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich	Chemie- & Pharmabranche
Gründungsdatum	1863
Hauptsitz	Leverkusen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	40 Rue Bollard, 1000 Brussels, (+32) 25502112
Webadresse	bayer.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien 42
1.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben 42
1.2 Glyphosate Renewal Group 42
1.3 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen 43
1.4 Mitarbeit in Kommissionen des BfR 43
1.5 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten 43

2 Transparenz 44
3 Fallbeispiele und Kritik 44
3.1 2023: Monsanto und die rechtlichen Folgen 44
3.2 2023: EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung 45
3.3 2023: Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative" 45
3.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien 45
3.5 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich) 46
3.6 2015: Intransparente Hochschulkooperation 46
3.7 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer 47
4 Struktur und Geschäftsfelder 47
4.1 Tätigkeitsgebiete 47
5 Kurzdarstellung und Geschichte 47
6 Weiterführende Informationen 48
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 48
8 Einzelnachweise 48

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.[3] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich. Es gibt einen Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying, nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet. Die Kosten der politischen Verbindungsbüros beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.[4] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden. Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben in Deutschland im Jahr 2022 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 6 und ca, 6,5 Mio. Euro.

Glyphosate Renewal Group

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.[5] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Dieser wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) vorgelegt. Die ursprüngliche „Glyphosate Task Force 2“ wurde Ende 2019 in „Glyphosate Renewal Group“ umbenannt, um Verwechslungen mit früheren Initiativen auszuschließen. Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Gyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.[6]

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Das Lobbyregister des Deutschen Bundestages weist im Juni 2023 für das laufende Jahr 2023 die Zusammenarbeit mit folgenden Lobbyagenturen aus:

- Rud Pedersen Public Affairs Germany GmbH
- FIPRA International
- EUTOP Europe GmbH
- Penta (frühere Bezeichnung: Brophy)
- Edelman
- FGS Global (Europe) GmbH

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)
- Verband der Chemischen Industrie (VCI)
- Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC)
- Forum Moderne Landwirtschaft (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident Deutscher Bauernverband)
- BIO Deutschland (Branchenverband der Bio-Technologie)
- Industrieverband Agrar (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- ICC Germany
- econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft
- Industrie-Förderung Gesellschaft mbH
- ICC Germany
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
- Westwind
- Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen
- Deutsches Aktieninstitut
- Wirtschaftsrat der CDU
- Wirtschaftsforum der SPD
- British Chamber of Commerce in Germany
- AmCham Germany
- Atlantik-Brücke
- European Chemical Industry Council (CEFIC)
- European Federation of Pharmaceutical Industries Association (EFPIA)
- The Association of the European Self-Medication Industry (AESGP)
- CropLife Europe (CLE)

- European Crop Protection Association (ECPA)
- Plants for the Future
- Euroseeds
- Cosmetics Europe
- DIGITALEUROPE
- BITKOM
- European Justice Forum
- Food Supplements Europe
- MedTech Europe
- COCIR
- European Risk Forum
- EuropaBio
- Businesseurope
- European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations (EFPIA)

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!

Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.[7] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von LobbyControl zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.[8] Der Bayer Science Collaboration Explorer listet Forschungskooperationen zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Fallbeispiele und Kritik

2023: Monsanto und die rechtlichen Folgen

Bayer hat das glyphosathaltige Mittel Roundup im Zuge des 63,5 Milliarden Euro teuren Kaufs von Monsanto übernommen – und damit auch die rechtlichen Risiken.

Wegen der mutmaßlich krebserregenden Wirkung des Herbizids, wurden insgesamt rund 167.000 Klagen eingereicht. Die meisten vorliegenden Klagen legte der Konzern mit einem außergerichtlichen Vergleich bei. Dieser Vergleich kostete Bayer bis zu zehn Milliarden Dollar.[9], [10]

Die Verwendung der giftigen Chemikalie PCP in Lampen an einer Schule in den USA hat 2023 zu einer Schadensersatzklage geführt. Das Unternehmen muss 857 Millionen Dollar zahlen. [11] Im Geschäftsbericht 2023 heißt es: “Es sind gegenwärtig fünf Klagen von Generalstaatsanwälten anhängig.“ [12]

2023: EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung

Nachdem sich die EU-Länder im November 2023 auf keine gemeinsame Position einigen konnten, entschied die EU-Kommission, dass der Einsatz von Glyphosat für weitere zehn Jahre, d.h. bis 2033 erlaubt ist. Künftig ist die Verwendung jedoch an Bedingungen geknüpft:

- Landwirte sollen mindestens 5 m breite Pufferstreifen einhalten.
- Die Menge und die Häufigkeit für den Einsatz des Mittels sollen durch die Staaten beschränkt werden können. [13]

2023: Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pfflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat darf in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es steht eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt. Download des Factsheet [14]
Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."[15] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen Monsanto Glyphosat-Studien in Deutschland über das Insitut für Agribusiness aus Gießen verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte. Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungskooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.[16] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben

haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group “). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsantos ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.[17] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberen Methoden Monsantos tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.[18]

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur mhoch3.[19] "In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren."[20]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.[21] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.[22]

Berechnungen des Deutschen Aktien Instituts zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.[23][24] Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen (Goldman Sachs, Bundesverband Investment und Asset Management, Siemens etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.[25]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.[26][27][28][29][30]

Struktur und Geschäftsfelder

Tätigkeitsgebiete

- Pharmaceuticals (Arzneimittel und medizinische Produkte)
- Consumer Health (rezeptfreie Arzneimittel, Nahrungsergänzungsmittel, Selbstmedikationsprodukte)
- Crop Science ("maßgeschneiderte Lösungen für Landwirte")

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Bayer AG ist die Holding-Gesellschaft des 1883 gegründeten Unternehmens, das 1925 in der I.G. Farben aufging. 195o wurde das Unternehmen neu aufgebaut. 2005 wurden im Zuge der Neuorganisation des Bayer-Konzerns die meisten der Chemie- und ca. ein Drittel der Kunststoffaktivitäten ausgegliedert und in den neu gegründeten Lanxess-Konzern überführt.

2002 erhielt die Bayer AG den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. bekam das Unternehmen den Preis weil Auszubildende einem Drogentest unterzogen werden sollten.[31]

Weiterführende Informationen

- Rodrigo Santos, Vorstand der Bayer AG für den Geschäftsbereich Crop Science, im Interview mit Journalist:innen der ZEIT: "Muss der Naturschutz warten?" [32] Es stellt sich u.a. die Frage, ob die 25% Steigerung des Bayer-Aktien-Kurse seit Beginn des Ukraine-Krieges auf eine prognostizierte Nahrungsmittelknappheit zurückzuführen ist. Verhilft die befürchtete Verknappung, insbesondere bei Weizen und Sonnenblumen-Öl, den "digitalen Lösungen" von Bayer zum schnellen Durchbruch? Das "Carbon-Farming" senkt dann noch den **CO_2** - Fußabdruck der industriell betriebenen Landwirtschaft.

- Die Webseite des Vereins Coordination gegen BAYER-Gefahren bietet viele Informationen über die Geschäftspolitik des Konzerns.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Profil und Organisation, bayer,de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ Bayer streicht den Namen Monsanto, sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018
3. ↑ Unsere Governance für politisches Engagement, bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
4. ↑ Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement, bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
5. ↑ What is the Glyphosate Renewal Group, glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
6. ↑ EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an, zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
7. ↑ Transparenz-Initiative, bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
8. ↑ Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor, lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
9. ↑ bayer-erzielt-einigung-ueber-umgang-mit-kuenftigen-glyphosat-klagen Das Handelsblatt vom 04.02.2021, abgerufen am 11.04.2024
10. ↑ warum-bayer-auf-einmal-alle-glyphosat-prozesse-gewinntDas Handelsblatt vom 07.06.2023, abgerufen am 11.04.2024
11. ↑ bayer-monsanto tagesschau.de vom 19.12.2023, abgerufen am 11.04.2024
12. ↑ -mit-diesen-rechtsrisiken-kaempft-der-dax-konzern- deraktionär.de vom 05.04.2024, abgerufen am 11.04.2024
13. ↑ EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen am 04.12.2023
14. ↑ hier Europäische Kommission, abgerufen am 28.8.2023
15. ↑ Pflanzenschutzmittel/Glyphosat Umweltbundesamt vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
16. ↑ Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien, lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
17. ↑ Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien, lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020

18. ↑ Verdeckte Finanzierung: Monsantos Lobbystudien zu Glyphosat, lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
19. ↑ Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER, Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
20. ↑ PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings, Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
21. ↑ Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten, spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
22. ↑ Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer, eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
23. ↑ CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen, finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
24. ↑ Debatte um die Finanztransaktionssteuer, taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
25. ↑ Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes. Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
26. ↑ Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer, abgerufen am 16.11.2023
27. ↑ Offener Brief führender Finanzexpert:innen, abgerufen am 16.11.2023
28. ↑ Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, abgerufen am 16.11.2023
29. ↑ "Die Finanztransaktionssteuer muss kommen", Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
30. ↑ "Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten", Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
31. ↑ bigbrotherawards.dePreisträger 2002, abgerufen am 09.05.2017
32. ↑ "Muss der Naturschutz warten?" DIE ZEIT (16/2022), abgerufen am 20.4.2022

BASF

Mit einem Gesamtumsatz von 78,6 Mrd. Euro im Jahr 2021 ist **BASF** das weltweit größte Chemieunternehmen. Der Konzern ist in den folgenden Bereichen tätig: Chemicals, Materials, Industrial Solutions, Surface Technologies, Nutrition & Care und Agricultural Solutions.[1]

BASF ist u.a. am europäischen Gas- und Ölunternehmen Wintershall Dea mit 72,7 % beteiligt.[2][3] Die restlichen Anteile hält die Luxemburger Investmentfirma Letter one, die zum Einflussbereich des russisch-israelischen Oligarchen Michail Friedman gehört.[4] Am 02.03.2022 gab Wintershall Dea bekannt, keine zusätzlichen Projekte zur Förderung von Gas und Öl voranzutreiben oder umzusetzen und die Finanzierung von Nord Stream 2 in Höhe von rund 1 Milliarde Euro abzuschreiben.[5] Bei GASCADE Gastransport GmbH, dem deutschen Gasnetzbetreiber, bleibe Wintershall Dea weiter aktiv.

BASF SE

Rechtsform	Societas Europaea (Aktiengesellschaft)
Tätigkeitsbereich	Chemiebranche
Gründungsdatum	1865
Hauptsitz	Ludwigshafen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60, B-1000 Brussels
Webadresse	www.basf.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien 50
2 Parteispenden und Sponsoring 50
3 Austausch zwischen Wirtschaft und Politik 50
4 Mitgliedschaften 51
5 Fallbeispiele und Kritik 51
5.1 2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie 51
5.2 2022: Engagement gegen Gasembargo 51
5.3 2016: Wahlkampffinanzierung USA 51
5.4 2015: Asset-Tausch mit Gazprom 51
5.5 2012: Das Bienensterben 52
5.6 Lobbyisten in Ministerien 52
6 Weiterführende Informationen 52
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 52
8 Einzelnachweise 52

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Im deutschen Lobbyregister gibt BASF an, (Stand: 28.02.2022) im Jahr 2021 3.800.001 bis 3.810.00 Euro auszugeben und 18 Lobbyist:innen zu beschäftigen.[6] Auch im Europäischen Transparenzregister ist BASF eingetragen und hat dort für das Jahr 2021 3.000.000 bis 3.499.999 Euro Lobbyausgaben und 27 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 16,8) angegeben.[7] Seit 2015 gab es 36 Treffen mit der EU-Kommission (Stand: 09.04.2022). 2021 erhielt BASF Finanzhilfen der EU in Höhe von 2.117.513 Euro.

Parteispenden und Sponsoring

Nach eigenen Angaben unterstützt BASF keine politischen Parteien. Das gelte auch für Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Kandidaten im Wahlkampf. In den USA hätten Mitarbeiter der BASF Corporation von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ein „Political Action Committee (PAC)" zu gründen. Das "BASF Corporation Employee PAC" sei eine freiwillige, staatlich registrierte Vereinigung von Mitarbeitern. Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen werde durch die „Political Relations and Advocacy-Policy" geregelt. Jegliches Sponsoring werde in angemessener Weise transparent gemacht.

Quelle: [8]

Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Laut ihrer Webseite gibt es keine aktuellen Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF SE und der deutschen BASF-Gruppengesellschaften bei internationalen Organisationen, Regierungen, Ministerien sowie der öffentlichen Verwaltung - bzw. von Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der BASF. BASF halte den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik für wichtig und sei sich der mit dem sog. „Drehtür"-Effekt verbundenen Interessenkonflikte bewusst. In Bezug auf die sog. „Cooling-off"-Perioden halte sich BASF an geltende Vorschriften.

Quelle: [9]

Mitgliedschaften

Die 84 Organisationen, in denen BASF Mitglied ist, sind hier abrufbar. Dazu gehören der Wirtschaftsrat der CDU, das Wirtschaftsforum der SPD, der Grüne Wirtschaftsdialog und die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen. Auf europäischer Ebene ist BASF u.a. Mitglied im European Chemical Industry Council (CEFIC) und Businesseurope.

Fallbeispiele und Kritik

2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie

Am 20. Februar fand auf dem BASF-Gelände in Antwerpen ein Treffen zwischen dem belgischen Premierminister Alexander De Croo, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und hochrangigen Unternehmensvertreter:innen der Chemiebranche statt. Bei dem Treffen, das von der Ratspräsidentschaft Belgiens organisiert wurde, sollte es um die Zukunft des Chemiesektors und das umweltpolitische Projekt des „EU Industrial Deal“ gehen. Umweltorganisationen blieben bei diesem Exklusivgipfel jedoch außen vor. [10] Den privilegierten Zugang der Chemiebranche zur Politik und den Ausschluss der Zivilgesellschaft kritisierten LobbyControl und 72 andere Organisationen in einem offenen Brief an den belgischen Premierminister.

2022: Engagement gegen Gasembargo

Die Debatte um ein mögliches Gasembargo gegen Russland als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine veranschaulichte die Abhängigkeit energieintensiver Unternehmen, wie der BASF, von Erdgasimporten. BASF-Konzernchef Martin Brudermüller trat nur wenige Wochen nach Beginn der russischen Invasion im Frühjahr 2022 immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit. In zahlreichen Interviews stellte er die russischen Gaslieferungen als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar, [11] warnte davor, dass ein Embargo „unseren Wohlstand zerstören“ würde [12] und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“.[13] Dies geschah trotz gegenteiliger Ansichten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) [14] oder auch der Leopoldina.[15]

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte.[16]

2015: Asset-Tausch mit Gazprom

Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten BASF und deren Tochter Wintershall vermehrt mit dem russischen Staatskonzern Gazprom. Anfang der 2010er Jahre strebten die drei Unternehmen einen Tausch von Vermögenswerten an: Während Wintershalls Gashandel- und -speichergeschäft an Gazprom übertragen werden sollte, sollte Wintershall im Gegenzug Anteile an Gazproms Gasfeldern in Sibirien erhalten. Trotz der damit einhergehenden, steigenden Bedeutung Gazproms für den deutschen Gasmarkt wurde das Geschäft

von dem damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Jahr 2013 zunächst genehmigt.[17] Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, verzögerte sich der Verkauf jedoch aufgrund der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen. Der damalige BASF-Chef Kurt Bock setzte sich daraufhin bei Gabriel für den Verkauf ein und drängte in einem Brief, das geplante Tauschgeschäft auch ohne neue Genehmigung zuzulassen. [18] Gabriel leistete diesem Vorschlag Folge und vermerkte handschriftlich "Ich unterstütze den Antrag". [19] Darüber hinaus erteilte er für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe.[20]

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das Bees Biodiversity Network. Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der **Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH**, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der EU-Kommission zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins [[Bundeswirtschaftsministerium] – und trat im Europaparlament als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen
- Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
- Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Wer wir sind, basf.com, abgerufen am 09.04.2022
2. ↑ Die heikle Russland-Connection von BASG, manager-magazin.de vom 30.03.2022, abgerufen am 12.04.2022

3. ↑ Wintershall Dea GmbH Konzernabschluss zum 31.Dezember 2020, unternehmensregister.de, abgerufen am 13.04.2022
4. ↑ Oligarch Friedman klagt über „Hausarrest“ in Londoner 70-Millionen-Villa, stern.de vom 29.03.2022, abgerufen am 13.04.2022
5. ↑ Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab, wintershalldea.com, abgerufen am 12.04.2022
6. ↑ BASF SE, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 08.04.2022
7. ↑ BASF SE, ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 09.04.2022
8. ↑ Politische Spenden und Sponsoring, basf.com, abgerufen am 09.04.2022
9. ↑ Austausch zwischen Wirtschaft und Politik, basf.com, abgerufen am 09.04.2022
10. ↑ Lobbyismus in der EU. Blockieren und profitieren: Ein Exklusivgipfel für die Chemieindustrie lobbycontrol.de, vom 20.02.2024, abgerufen am 05.03.2024
11. ↑ „Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“ faz.net vom 04.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
12. ↑ Ebd.
13. ↑ BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren faz.net, vom 29.04.22 zuletzt aufgerufen am 04.08.22
14. ↑ Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert diw.de vom 08.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
15. ↑ Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt leopoldina.org vom 08.03.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
16. ↑ Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen, Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
17. ↑ Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins? wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
18. ↑ Ebd.
19. ↑ Ebd.
20. ↑ Ebd.

Verband der Chemischen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!

Jetzt spenden!

Der **Verband der Chemischen Industrie (VCI)** ist ein Interessenverband von 1.600 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne. Innerhalb des Verbandes vereinigen sich mehr als 90 Prozent der deutschen Chemieunternehmen.[1]

Verband der chemischen Industrie e.V. (VCI)

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der Chemieindustrie

Verband der chemischen Industrie e.V. (VCI)	
Gründungsdatum	1877
Hauptsitz	Frankfurt a.M.
Lobbybüro	Neustädtische Kirchstraße 8, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	Rue Marie de Bourgogne 58 1000 Bruxelles
Webadresse	www.vci.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss 54
1.1 Lobbytätigkeit 54
1.2 Parteispenden 55
1.3 Befürwortung eines Lobbyregisters 55
2 Fallbeispiele und Kritik 56
2.1 2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz 56
2.2 2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern 56
2.3 1999-2007 Der VCI und die REACH-Verordnung 56
2.4 Lobbyisten in Ministerien 57
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen 57
3.1 Der Vorstand[14] 57
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 57
5 Einzelnachweise 57

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbytätigkeit

Der VCI nutzt das Netz seiner Mitglieder, um über lokale Unternehmen dezentral auf die Bundestagsabgeordneten in den jeweiligen Wahlkreisen Einfluss zu nehmen.

Auf der anderen Seite bedeutet Verbandsarbeit auch, die Interessen der Mitglieder zu bündeln und in Berlin möglichst mit einer Stimme zu sprechen. Diese Koordinierung ist eine Herausforderung für die Verbände generell, auch für den VCI. Denn zumindest die großen Mitgliedsunternehmen, wie BASF oder Bayer, haben eigene Lobbybüros in Berlin, über die sie ihre speziellen Unternehmensinteressen vertreten.

Der VCI organisiert etwa acht Mal im Jahr Politische Ausschüsse und Chemiekreise mit Lobbyist/innen der Mitgliedsunternehmen, um Informationen auszutauschen und die Arbeit zu koordinieren. Zu den Treffen werden je nach Bedarf auch Vertreter/innen von Bundesregierung und Gewerkschaften, etwa der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), eingeladen. Zusätzlich veranstaltet der VCI einmal im Jahr einen Parlamentarischen Abend.

Ein weiteres wichtiges Einflussinstrument des VCI ist die strategische Netzwerkbildung und Personalpolitik, die besonders unter dem langjährigen VCI-Geschäftsführer Hermann-Wolfgang Lehning gepflegt wurde. Lehning war Präsident des Wirtschaftspolitischen Clubs Deutschland (2003–2007), in dem sich Repräsentant /innen aus Politik und Wirtschaft regelmäßig austauschen, sowie Mitgründer des Lobbyzirkels Adlerkreis. Ziel der strategischen Personalpolitik ist es, aufstrebende Leute mit politischen Ambitionen anzuheuern, bevor sie in die Politik wechseln

Parteispenden

Der VCI gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendete der Verband insgesamt 5.694.581,89 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Spenden verteilen sich von 2010 bis 2019 wie folgt:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2010	26.000	0	14.000	20.000	0	60.000
2011	110.000	0	60.000	72.000	20.000	262.000
2012	44.000	0	34.000	24.500	12.500	115.000
2013	167.000	15.000	85.000	74.500	14.000	355.500
2014	98.000	12.000	55.000	37.000	18.000	220.000
2015	40.000	0	35.000	40.000	13.000	128.000
2016	73.000	0	49.500	42.000	22.500	187.000
2017	250.000	0	141.000	139.000	29.000	559.000
2018	40.000	15.000	35.000	25.000	16.000	131.000
2019	108.200	12.000	55.000	37.000	20.000	232.200
Summe	956.200	54.000	563.500	511.000	165.000	2.249.700

Hinzu kamen Spenden des bayerischen Regionalverbands Verband der Bayerischen Chemischen Industrie sowie des Chemie-Arbeitgeberverbands Verein der Bayerischen Chemischen Industrie an die CSU in Höhe von bisher 1.652.454,2 Euro.

Die Spenden sind im Einzelnen über die Parteispenden-Datenbank recherchierbar.

Befürwortung eines Lobbyregisters

Im April 2018 erklärten der VCI und Transparency International auf der Bundespressekonferenz, sich gemeinsam für ein Lobbyregister einzusetzen.[2]

Fallbeispiele und Kritik

2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz

Der VCI hatte sich gegen ein weitreichendes europäische Lieferkettengesetzes eingesetzt. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Der VCI hatte den Kommissionsentwurf als "weltfremd" bezeichnet und gefordert die Reichweite des geplanten Gesetzesentwurfs zu begrenzen und insbesondere die zivilrechtliche Haftung aus dem Gesetz zu streichen.[3] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als *„irreführend “.*[4]Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei *„wirkungslos“.*[5]So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten *„dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“* dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: *„Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“*

2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern

Der Geschäftsführer des VCI, Utz Tillmann nahm an der sog. "Fünften Internationalen Klima- und Energiekonferenz" (30.11–1.12.2012 in München) der Organisation Europäisches Institut für Klima und Energie (Eike) teil.[6][7] Tillmann hielt eine Rede über „die Auswirkungen des deutschen Energiekonzeptes auf die Chemieindustrie“.[8] Eike ist eine deutsche Lobbygruppe gegen Klimapolitik.[9]

1999-2007 Der VCI und die REACH-Verordnung

Ein weiteres Beispiel für die Lobbyaktivität des VCI ist die erfolgreiche Abschwächung der REACH-Verordnung, einem anfangs ambitionierten Vorschlag der EU-Kommission zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien in der EU. Der von der Kommission im Jahr 1999 vorgelegte Vorschlag sollte Regeln schaffen, um die Auswirkungen von Chemikalien auf Umwelt und Gesundheit zu prüfen und zu bewerten. Besonders gefährliche Chemikalien sollten verpflichtend durch unbedenklichere Alternativen ersetzt werden. [10] Die Vorschläge der EU-Kommission stießen auf Kritik der Chemielobby, vor allem vertreten durch BASF und dem VCI. Eigens finanzierte Studien prognostizierten erhebliche Wettbewerbsnachteile und hohe Arbeitsplatzverluste. EU-Kommission und die Öffentlichkeit zweifelten die Studienergebnisse jedoch an. Darüber hinaus stand der VCI während der Verhandlungen in regem Austausch mit dem Europaabgeordneten Hartmut Nassauer (CDU), der im Binnenmarkt-Ausschuss für REACH zuständig war.

Zusätzlich wurde die Bush-Regierung und die US-amerikanische Unternehmen über die Vorhaben der EU-Kommission informiert, die ihrerseits eine Gegenkampagne starteten und vor den Auswirkungen für die US-Industrie warnten. [11] Für den VCI kann diese Lobbyarbeit als Erfolg verbucht werden: in einem gemeinsamen Positionspapier mit der Bundesregierung und der Chemiegewerkschaft IG BCE spiegelte sich weitgehend die weiche, US-amerikanische Position wider. Im Jahresbericht 2005 verkündete der VCI einen weiteren Erfolg: Nassauer habe die VCI-Vorschläge weitgehend übernommen und als praktikable Alternative zum Kommissionsentwurf vorgestellt. [12] Die abgespeckte REACH-Verordnung wurde schließlich im Jahr 2006 verabschiedet und trat 2007 in Kraft. Die schrittweise Umsetzung soll bis 2020 erfolgen.

Mittlerweile gibt auch der VCI zu, dass sich durch die Verordnung schon heute positive Effekte für den Schutz von Mensch und Umwelt erkennen lassen. Weiterhin kritisch positioniert sich der Verband zum hohen Verwaltungsaufwand und warnt vor Kostensteigerungen sowie Innovations- und Wettbewerbsnachteilen gegenüber internationalen Bewerbern. Eine genaue Bewertung der Folgen könne aber erst 2018 nach der Implementation der nächsten Registrierungsphase abgegeben werden. [13]

Lobbyisten in Ministerien

- Lobbyist im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Der Vorstand[14]

- Kurt Bock (Präsident), BASF SE
- Werner Baumann, Bayer AG
- Christian Kullmann, Evonik Industries AG
- Hans Van Bylen, Henkel AG & Co. KGaA

Stand: März 2018

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ VCI-Website: Mitglieder, vci.de, abgerufen am 02.03.2018
2. ↑ Bahnbrechender Durchbruch? Die CDU spricht sich für ein Lobbyregister aus, lobbycontrol.de vom 23.11.2018, abgerufen am 21.06.2019
3. ↑ VCI & BAVC | Europäisches Lieferkettengesetz: Kommission schießt übers Ziel hinaus etzwerk-ebd.de vom 23.03.2022, abgerufen am 08.12.2022
4. ↑ Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
5. ↑ Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
6. ↑ 5. Internationale Klima & Energiekonferenz (IKEK) München - Programm, eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
7. ↑ 5. IKEK München - Kurzbericht, eike-klima-energie.eu vom 06.12.2012, abgerufen am 29.92.2016
8. ↑ Präsentation der Rede, eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
9. ↑ Chemieindustrie hofiert Klimaleugner taz vom 30.11.2012, abgerufen am 01.12.2012
10. ↑ Umsetzung REACH Website Umweltbundesamt, aufgerufen am 29.03.2016

11. ↑ The EU's New Impact on American Environmental Regulation Boston Law School, aufgerufen am 07.04.2016
12. ↑ EU Rundschreiben: Umweltaktionsprogramm Website Deutscher Naturschutzring, aufgerufen am 29.03.2016
13. ↑ Umsetzung REACH Website VCI, aufgerufen am 29.03.2016
14. ↑ Vorstand und Präsidium vci.de, abgerufen am 02.03.2018